

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Eibau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanzeige: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreiskarte Seite 411.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Klubbstellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 3 Pf. — Inserationspreis: die 7spaltige Kolonizelle 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restamtteil Seite 1 Mk. Postgebühren: Nr. 5234 Berlin. — Swaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 30.

Magdeburg, Donnerstag den 5. Februar 1914.

25. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“.

## Die kommenden Zollkämpfe.

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Zolltarif von 1902 liegt den herrschenden Klassen schwer in den Gliedern. Formell siegen die Zollner und richteten die Schranken der allgemeinen Verteuerung zugunsten der Agrarier und der Industriekartelle für 10 Jahre auf. Doch in einer gewaltigen Volksbewegung gelang es, die Aufklärung über die volksfeindliche Natur unsrer Wirtschaftspolitik in die Massen hineinzutragen, und der Dreimillionenstimm von 1903 war das vernichtende Urteil des Volkes über die Zollwucherer. Den augenblicklichen Sieg ihres materiellen Interesses hatten sie bezahlt mit der lebenslänglichen Lodsfeindschaft von Tausenden neuer Klassenkämpfer, denen die Augen über die Natur ihrer Ausbeuter geöffnet worden waren.

Mit schlotternder Angst denken Regierung und herrschende Klassen daran, daß vielleicht diese Kämpfe in noch größerem Maßstab sich wiederholen könnten; und dann wäre ihre Lage viel unangenehmer als im Jahre 1902. Damals kam die Verteuerung der Lebensmittel, ohne die nun einmal die Könige der Industrie ihre Kartellzölle nicht hereinbringen können, in einer Zeit, wo die Lebensmittel mit kleinen Unterbrechungen 20 Jahre lang gesunken waren und erst eine leise Steigerung sich bemerkbar machte. Bald ist über die Wucherpolitik zu entscheiden, nachdem die Verteuerung mehr als 10 Jahre gehaust hat. Es ist darum zu kämpfen, nachdem die proletarischen Organisationen mehr als fünfmal so stark geworden sind. Wählen die Kämpfe

risikiert die herrschende Klasse einen Sturm von solcher Kraft, daß dessen Folgen nicht mehr übersehbar bleiben.

So hat die Angst um die Zukunft der Handelspolitik jenen Plan geboren, den der Staatssekretär Delbrück bei der Etatsberatung verkündet hat: am Zolltarif soll nichts geändert werden und die Handelsverträge ohne Kündigung weiter laufen. Das Echo, das diese Erklärung in den verschiedenen Lagern gefunden hat, zeigt höchst interessant die Bedeutung dieses Planes und seine Aussicht auf Verwirklichung.

Die „Kölnische Zeitung“, die Repräsentantin der glänzenden rheinischen Bourgeoisie, ist begeistert über die Aussicht, ohne Kampf und Aufregung über die gefährliche Situation hinwegzukommen. Sie schreibt:

Hier ist wirklich der Stein der Weisen gefunden worden, und man muß hoffen, daß im entscheidenden Moment die Weisen nicht dem Steine mangeln. Diese Behandlung der Zollfragen war geradezu eine Forderung des Augenblicks. Zu kaum einer Zeit waren die bürgerlichen Parteien einig in wirtschaftlichen Fragen als heute, wo der politische Kampf mit seltener Schärfe tobt.

Auch die extremen Schreier nach Schutzzöllen verhalten sich auffallend zurückhaltend mit ihrer Kritik. Die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“, die bisher so tat, als ob sie ohne Erhöhung der Getreidezölle auf 75 Mark und ohne Einführung von Milch-, Rohm- und Gemüsezöllen nicht auskommen könnte, schreibt:

Es ist zuzugeben, daß gewisse Abänderungswünsche berechtigt erscheinen, daß einige Unebenheiten bestehen und daß ein Ausgleich und eine gewisse Ergänzung erwünscht erscheint. Es handelt sich aber überall nur um Einzelheiten. Im großen und ganzen entspricht der Tarif auch heute noch den Bedürfnissen unsrer Volkswirtschaft. (Das heißt: ins Deutsche überfetzt: er genügt heute der Profitlust der raffigierigen Junker.) Deshalb haben die verbündeten Regierungen zurzeit keine Veranlassung, durch Kündigung der bestehenden Handelsverträge eine neue Regelung herbeizuführen. ... Ueber diese bedeutungsvolle Erklärung wird noch manches Wort zu sagen sein; für heute möchten wir uns damit begnügen, die Frage aufzuwerfen, ob es dem zweckmäßig und erforderlich gewesen sei, eine solche Erklärung im jetzigen Augenblick vor dem Inland und dem Ausland abzugeben. ... Bis wir eines andern belehrt sind, glauben wir, daß eine solche Erklärung ihre starken Bedenken hat.

Nach dem wütenden Geschrei, das bisher über die „Lücken im Zolltarif“ immer erhoben worden ist, bedeutet diese leise Mißbilligung das offene Zugeständnis der Zustimmung.

Der Zentralverband deutscher Industrieller, der der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in einem Leitartikel seine Stellung darlegen läßt, hat an dem Plane der Regierung manches anzufügen. So wird hervorgehoben, daß er nicht so leicht durchzuführen sein wird, da es noch fraglich ist, wie sich das Ausland zu der Verlängerung der Handelsverträge stellen wird:

Die Regierung gibt sich einer verhängnisvollen Täuschung hin, wenn sie glaubt, die bisherigen Handelsverträge unverändert auf längere Zeit fortzuführen lassen zu

können. Schon jetzt werden vor allem in Rußland und Italien Vorbereitungen für eine neue handelspolitische Kampagne getroffen. Es ist sicher anzunehmen, daß mindestens diese beiden Staaten die laufenden Handelsverträge mit Deutschland auf den ersten zulässigen Termin, also zum 1. Januar 1918, kündigen werden. Aber auch aus Oesterreich-Ungarn liegt bereits eine Äußerung des offiziellen „Fremdenblattes“ zu der Rede des Staatssekretärs vor, in der betont wird, daß eine einfache Verlängerung des Handelsvertrags mit Deutschland undenkbar sei, und gewisse Revisionen durch Zusatzverträge geschlossen werden müssen. ... Wie dem auch sei, es ist unbedingt notwendig, daß sich die Regierung auf die Wahrscheinlichkeit einer Kündigung wichtiger Handelsverträge rechtzeitig und ausreichend vorbereitet.

Zu der Tat ist hiermit auf einen schwachen Punkt der Delbrück'schen Politik hingewiesen. Je mehr aus innerpolitischen Gründen die deutsche Regierung eine Wendung vermeiden will, um so mehr werden die andern Staaten diesen Moment benutzen, um Deutschland Verlegenheit zu bereiten und Vorteile für sich herauszuschlagen.

Für den Fall, daß die Regierung über diese Klippe hinwegkommen kann, hat aber auch der Zentralverband nichts gegen eine unveränderte Beibehaltung des jetzigen Systems. Nebenfalls werden keine neuen Zollforderungen geltend gemacht. Und von ihrem Standpunkt könnten die Kartellinteressenten und die Agrarier mit der Behauptung des 1902 Errungenen zufrieden sein. Denn mit der Ermäßigung des Schutzollsystems gerichteten Politik des Reichskanzlers Caprivi wurde damals gründlich ausgeräumt, und die Rückkehr zu den nominellen Sätzen der Bismarck'schen Ära zu Ende der 30er Jahre bedeutete mehr als Mißnahme der Caprivischen Konzeptionen. Viele Industriezölle haben gegenüber der Zeit vor 30 Jahren gewaltig an Bedeutung gewonnen, weil sie infolge der technischen Entwick-

und deshalb die fremde Konkurrenz prohibitiv fernhalten.

Die Agrarzölle wurden aber durch die Beibehaltung des Einfuhrschutzesystems, das einen Ausgleich für die Ermäßigung der Getreidezölle im Jahre 1891 bilden sollte, in ihren Wirkungen so schlimm wie nie bisher. Konnte in der Bismarck'schen Zeit der deutsche Preis niemals ganz um den Zoll verteuert werden, so war dies jetzt reißlos der Fall. Waren die Bismarck'schen Getreidezölle in einer Periode rasch sinkender Getreidepreise eingeführt, so haben die Witkowski'schen Zölle in einer Ära steigender Preise die notwendigsten Lebensmittel verteuert. Mehr als Gesetze es können, hat eben die wirtschaftliche Entwicklung die Ausnießer der Zölle begünstigt: seit 1905 lacht die Verteuerung uns heim, die die Zölle zu einem wahren Goldregen für die Agrarier macht. Eine Beseitigung dieses Systems ist die dringendste Erleichterung, die dem Volke jetzt schon gebracht werden kann und muß.

Gelingt es der Regierung, ihre demagogischen Pläne durchzuführen — und die Zurückhaltung der extremen Zollner auf der einen Seite und die begeisterte Zustimmung auf der andern Seite rückt dies durchaus in den Bereich der Möglichkeit —, so ist dies von der allergrößten politischen Bedeutung. Damit würde den Volksmassen die Scheinkonzeption hingeworfen werden, daß alles beim alten bleibe und keine Verschlechterung zu erwarten sei. Und dringende Gefahr entsteht, wenn die Arbeiter auf diese elende Finte hineinfallen und vergesen, wieviel schärfer als vor 10 oder 20 Jahren die Geißel der Schutzzölle sie heute anpackt. Alle Kräfte müssen deshalb in der Sozialdemokratie darangesetzt werden, trotz aller Beruhigungsversuche der Herrschenden einen Volkssturm hervorzurufen, der bis in die letzten Tiefen dringt und überallhin Aufklärung über die Natur des Zollwuchers und der kapitalistischen Ausbeutung trägt. Gelingt es, eine Bewegung in den Arbeitermassen zu entfesseln, so winkt als Preis, daß wir in absehbarer Zeit die Mehrheit des gesamten deutschen Volkes auf unsrer Seite haben.

Deshalb ist es für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaftspolitik erste Aufgabe der parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie, die bürgerlichen Parteien und besonders das Zentrum mit seinen christlichen Arbeiterführern zu zwingen, Farbe zu bekennen und die Frage der Verteuerung des Lebensunterhalts nicht von der Tagesordnung verschwinden zu lassen.

Die Lage der Dinge wird in vielen Punkten auch der Agitation der Sozialdemokratie entgegenkommen. Denn nicht bloß die Lebensinteressen der Proletarier, auch ganz ansehnliche kapitalistische Interessen in der verarbeitenden und exportierenden Industrie werden heute geschädigt, so daß ganz beträchtliche Gegenkräfte unter den Kapitalisten

selbst bei der Festsetzung der Handelspolitik aufeinanderplätzen müssen.

Also auf! Der Kampf gegen die Zollwucherpolitik muß jetzt schon begonnen werden.

Die Wähler in Ferichow mögen daran denken und sich daraufhin die Kandidaten anschauen! —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 4. Februar 1914.

### Das Reichsvereinsgesetz.

Das Reichsvereinsgesetz von 1908 ist noch nicht 6 Jahre in Kraft. Aber diese Zeit hat reichlich ausgereicht, seine Verbesserungsbedürftigkeit erkennen zu lassen. Drei Resolutionen, der Sozialdemokratie, der Polen und des Zentrums, liegen dem Reichstag vor, die sämtlich Beseitigung der zutage getretenen Mißstände durch Änderung des Gesetzes fordern.

Das Reichsvereinsgesetz ist bekanntlich eine Frucht der Blockade von 1907, Kind eines konserverativen Vaters und einer freisinnigen Mutter. Als diese Ehe auseinanderging, tat Vater Seydewitz dem berühmten Auspruch, man könne konserverative Politik mit den Konserverativen oder liberale Politik mit den Liberalen treiben, aber liberale Politik mit den Konserverativen treiben, das gehe nicht. Seydewitz hat es damals klüglich unterlassen, von dem Falle zu sprechen, daß konserverative Politik mit den Liberalen getrieben wird; denn das ist sehr lange Zeit ausgezeichnet gegangen, es geht zum Teil auch heute noch, wenn auch nicht ganz so glatt und bedingungslos wie einst.

Ein Musterbeispiel solcher konserverativer Politik mit liberaler Färbung bildet zum Beispiel die Behandlung der

Verbandsangelegenheiten durch die Bundesversammlung aus dem Blokreichstag nach Hause bringen und als solche war ihnen vom Fürsten Bülow eine reichsrechtliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts versprochen worden unter Beseitigung aller polizeilichen Schikanen. Aber was ist zum Schluß daraus geworden? Gewiß, es wurde mit einer Menge alten polizeipartikularistischen Unrats ausgeräumt, dafür aber wurden auf dem Wege des Reichsgesetzes eine Reihe von Bestimmungen festgelegt, die allem freibeitlichen Empfinden Hohn sprachen und der polizeilichen Willkür Tür und Tor öffneten.

Da ist der berühmte § 12, der vorschreibt, daß in öffentlichen Versammlungen die Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen sind. Begründet wurde diese Entrechtung aller Nichtdeutschen mit „nationalen“ Rücksichten. „National“ war der Blokreichstag ja bis zur Bewußtlosigkeit. Aber wie so oft erwies sich der patentierte Nationalismus als weiter nichts denn als ein untrügliches Mittel, die Nation vor aller Welt zu blamieren. Von dem Redeverbot gegen Jaurès bis zum Verbot des Amundsen-Bortrags und jüngst dem Verbot des Vortrags eines harmlosen dänischen Professors über die Fliegenplage erreichte eine Kette von Fehlschlägen und Kamagen. Man wollte die Polen, die Dänen, die Franzosen auf deutschem Reichsgebiet knebeln; man hat nur erreicht, daß ihr Vereinsleben intensiver, ihr Widerstand gegen die unmoralischen und lächerlich wirkungslosen Versuche der sogenannten Eindeutschung noch energischer wurde. Der § 12 des Vereinsgesetzes hat sich als total unbrauchbar und unfruchtbar erwiesen, er ist reif zum Abbruch.

Ward dieser unselige Paragraph in nationaler Saure kerviert, so wurde der nicht minder abhässliche § 17 liberal verzußert. Die Fernhaltung der Jugendlichen unter 18 Jahren von politischen Vereinen und Versammlungen sollte angeblich keinen andern Zweck haben als den, die unreife Jugend von allem parteipolitischen Treiben fernzuhalten. Die Bestimmung richtete sich dem Wortlaut nach gegen alle politischen Bestrebungen, trug also keineswegs den Charakter eines Ausnahmegesetzes. Man mußte aber die Praxis der Verwaltungsbehörden, zumal der preussischen, nicht kennen, um nicht vorauszusetzen, daß die immer müntere Kunst des Aus- und Unterlegens diesen als variatitische Bestimmung gedachten Paragraphen im Handumdrehen zu einem Ausnahmegesetz verwandeln würde. Mit Hochdruck setzte die Bewegung ein, die sich „nationale Jugendpflege“ nennt, die aber richtiger heißen müßte: Jugendabberkung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Diese Bewegung wird andauernd für „unpolitisch“ erklärt, jeder Versuch aber, ihr entgegenzuwirken, gilt als „politisch“, somit als verboten und strafbar. Jede persönliche oder organisatorische Beziehung nicht nur zur sozialdemokratischen Partei, auch zu freien Gewerkschaften, zu den allgemeinen Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse gilt als Beweis unzulässiger politischer Bestrebungen.





# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 30.

Magdeburg, Donnerstag den 5. Februar 1914.

25. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

204. Sitzung.

Berlin, 3. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kämpf macht Mitteilung von dem heute nacht erfolgten Ableben des Abgeordneten Preuß (Str.). (Die Mitglieder ehren das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.) Der Präsident gebietet dann des Unglücks, das die Handelsmarine betroffen, indem ein Schiff in stürmischer Nacht an der Küste Englands zerstückelt ist, wobei 19 brave Seeleute mit dem Kapitän den Tod fanden, und weist darauf hin, daß unweit durch alle Mißgeschick und Widerstände die deutsche Flotte fortgeschritten und Beweis ihrer Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit erbringe. Er verweist auf das Begrüßungs-telegramm, das der Kaiser auf drachlosem Wege an den Präsidenten der Vereinigten Staaten geschickt hat, und auf die Vollendung der Gleislinie der Ostafrikanischen Bahn. (Bravo!)

### Kurze Anfragen.

Abg. Gothein (Fortfchr. Sp.) fragt an, ob der Reichszentralrat die Prüfung des von den Herren Krüger und Krause entdeckten Mittels gegen die Maul- und Klauenseuche veranlaßt habe, und ob er das Mittel für das Reich zu erwerben gewillt sei, um es den deutschen Viehhältern gegen Erstattung der Selbstkosten zur Verfügung zu stellen.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Ein abschließendes Urteil über die Brauchbarkeit des neuen Mittels läßt sich noch nicht gewinnen. Die Reichsverwaltung wird ihr Augenmerk auf die weiteren Versuche richten. Zu Erwägungen wegen Erwerbs des Mittels hat bisher ein Antrag nicht vorgelegen.

Abg. Sauer (Soz.) erinnert, daß bereits vor 3 Jahren eine Denkschrift über die Reformbedürftigkeit und Vereinigung der Heeresverwaltung, insbesondere der Armeintendantur verfaßt worden ist. Er fragt, in welchem Stadium der Erwägungen und Vorbereitungen diese Reform gelangt ist, und wann die Veröffentlichung der Denkschrift erfolgen soll.

Oberst Scheuch: Die Beantwortung ist im Rahmen der Erledigung einer solchen Anfrage jetzt nicht möglich, sie wird bei der Beratung des Militäretats erfolgen.

Abg. Dr. Müller (Reinigen, Fortfchr. Sp.) fragt, ob ein Gesetzentwurf zur Beseitigung der schweren Schäden, die der Grundbesitz durch die übermäßige Ernteeinbuße der Früchte für Mietsessionen erleidet, noch in dieser Session zu erwarten ist.

Direktor im Reichsjustizamt Delbrück: Ein entsprechender Gesetzentwurf ist bereits fertiggestellt und wird alsbald dem Bundesrat vorgelegt werden.

### Etat des Reichsamts des Innern.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Titel Förderung der Hochseefischerei.

Abg. Koste (Soz.): Meine Parteifreunde haben die Einstellung größerer Mittel für diesen Zweck mit Genugtuung begrüßt. Eine weitere Förderung der Hochseefischerei muß in der Weise geschehen, daß die Fischer Mittel zur Verfügung bekommen, um sich die Fortschritte der Technik zunutze zu machen. Trotz des erfreulichen Aufschwunges der Hochseefischerei ist sie noch keineswegs imstande, den Verbrauch der deutschen Bevölkerung an See- fischen zu decken. Viele Fischer können aus Mangel an Mitteln nicht zur Hochseefischerei übergehen, ein erheblicher Mangel ist auch das Fehlen von Fischereifahrern an der Ostseeküste. Wenn man aber Mittel für die Fischerei auswirft, so darf man der Arbeiter in diesem Beruf nicht vergessen. Die geplagte Mannschaft muß vor Unfällen so weit geschützt werden, wie es überhaupt möglich ist. Leider zeigt ein großer Teil der Unternehmer sehr wenig Willen, die Lage der Mannschaften zu verbessern. Die Leute werden vom Mai bis November beschäftigt, was im Winter aus ihnen wird, darum kümmert sich der Needer nicht. Die festen Wochenlöhne sind sehr gering, außer ihnen erhalten die Leute einen Fanganteil, der sie zu raderer Arbeit verleitet. Beförderung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Kontrakte werden bei der Heringsfischerei den Leuten nicht bei Beginn der Arbeit vorgelegt, sondern im Winter, wenn ihnen am meisten daran liegen muß, wieder Arbeit zu erhalten. Man findet daher die reinen Sklaventrakte, nach denen der Arbeiter nur Pflichten, der Arbeitgeber nur Rechte hat. Wird die Arbeit nicht angetrieben, so verfallen 100 Mark Konventionalstrafe. (Hört, hört! h. d. Soz.) Einen Freibrief auf Lohnrückerstattung und Entlassung stellt die Bestimmungen dar, die den Needer berechtigt, einen Mann, der sich als nicht geeignet erweist, seinen Fähigkeiten entsprechend zu verwenden und zu bezahlen. Der Bundesrat sollte für Abstellung der argsten Mißstände in diesem Arbeits- verhältnis schleunigst Sorge tragen. (Bravo! h. d. Soz.)

Abg. Schwabach (natl.) wünscht, daß das Reich der durch Sturmrisiken schwer geschädigten Bevölkerung an den Küsten Kontonnen und Weitzpreußen zu Hilfe kommt.

Abg. v. Börsenroff-Kölpin (konj.): Die Fischerei muß so entwickelt werden, daß sie imstande ist, uns im Fischbedarf vom Ausland unabhängig zu machen. Statt 500 000 Mark müßte eine Million in den Etat eingestellt werden.

Abg. Dr. Struve (Fortfchr. Sp.): Auch wir wünschen, daß die durch Sturmrisiken geschädigten Fischer aus Reichsmitteln unterstützt werden. Auch an den schwersten Klagen der Arbeiter, die Kollege Koste vorgebracht hat, darf die Reichsregierung nicht achtlos vorbeigehen. Preußen hat eine schwere Schuld auf sich geladen dadurch, daß an der pommerischen Küste so wenig Fischereifahrer angestellt sind. (Zustimm. h. d. Fortfchr. Sp.)

Abg. Frhr. v. Riedel (natl.): Unsere Seefischproduktion hat nicht Schritt gehalten mit der Zunahme des Verbrauchs an Seefischen. Wir haben also allen Anlaß, die Hochseefischerei zu fördern.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Ob für die Förderung der Fischerei mehr Mittel in den Etat eingestellt werden können, läßt sich nur mit Rücksicht auf den ganzen Etat beurteilen. Die preussische Regierung hat sich der Fischerei-Interessen in dankenswerter Weise angenommen. Eine Entschädigung für die Sturmrisiken kann nicht das Reich gewähren, das ist Sache der Einzelstaaten. Die Verhältnisse auf den Fischereifahrern sind ja sicherlich nicht ideale, aber sie entsprechen den Verhältnissen der Seemannsordnung und sind nicht so schlecht, wie es nach den Ausführungen des Abg. Koste scheinen könnte.

Abg. Körtgen (Soz.): In der Fischerei wird noch mit mittelalterlichen Einrichtungen gearbeitet; ich habe hier Bestimmungen aus dem 17. Jahrhundert, die heute noch gelten. (Hört, hört! bei den Soz.) Es gibt in der Fischerei auch das Ernteburtsrecht, so daß nur der älteste Sohn das Fischereirecht erbt. Die anderen Söhne dienen zwar auch 3 Jahre in der Marine, aber wenn sie nach Hause kommen, dürfen sie nicht Fischer, ja, sie dürfen zum großen Teile nicht einmal im Betrieb ihres Vaters arbeiten. (Hört, hört! h. d. Soz.) Es herrscht auch ein dritonisches Strafsystem, das die Fischer noch unter die Gefangenordnung stellt. Demen, die Geld haben, kommt man entgegen, und dem Kapitänen erlaubt man, an derselben Stelle zum Vergnügen zu fischen, wo man dem armen Fischer verbietet, seinen Proletarismus zu suchen.

Die Regierung sollte ihr Augenmerk ferner auf die Wasserverhältnisse im Stettiner Haff richten, die durch den Stettiner Großschiffahrtsweg zum Nachteil der Anwohner verändert worden sind. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Regter (Fortfchr. Sp.): Geld sollte in diesem Jubeljahr für die Seefischerei nicht fehlen. Vor allem tut not eine Beschleunigung des Transports.

Abg. Koste (Soz.): Es ist außerordentlich charakteristisch für die deutschen Zustände, daß der Regierungsvorstand über die Finanznot klagt, wo es sich um Lumpige 100 000 Mark für die Zubehöre der Seefischerei handelt, während man eben Millionen für Heereszwecke verlangt hat. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Meine Beschwerden richteten sich vor allem gegen die Mängel der Seemannsordnung. Die Seefischer werden hoffentlich aus der Haltung der Regierung die Folgerung ziehen, daß sie für mögliche Stärkung ihrer Organisation sorgen, um sich aus eigener Kraft zu helfen. (Bravo! h. d. Soz.)

Ein Antrag auf Erhöhung des Fonds bis zur dritten Lesung wird einstimmig angenommen.

Beim Titel Unterstützung deutscher Seemannsheimen im Auslande treten die Abgg. Meyer (Herford, natl.) und Sibovich (Fortfchr. Sp.) für Erhöhung der Unterstützung dieser christlichen nationalen Liebeswerke ein.

Es folgt der Titel Maßregeln gegen die Reblauskrankheit.

Abg. Reirotes (Soz.): Ein großer Teil des elstischen Reblausgeländes ist durch die Reblaus verwüstet. Die Reichsregierung sieht dem katenlos zu. Ganze 1000 Mark sind zur Bekämpfung der Reblaus ausgemworfen, und diese werden noch nicht einmal ausgegeben. Die elstische Regierung hat seit Bestehen des Reblausgesetzes 5 1/2 Millionen Mark zur Bekämpfung des Reblaus- schadens ausgegeben. Trotzdem ist ein Viertel des Reblausgeländes verwüstet. Da versteht man den Unwillen der Winger, die unbedingt verlangen, daß das Gesetz geändert und der Anbau der amerikanischen Rebe gestattet wird.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Die Besprechung über den Anbau der amerikanischen Rebe sind fast zum Schluß gelangt. Sobald eine Verständigung über noch einige technische Einzelheiten erfolgt ist, wird eine entsprechende Vorlage dem Bundesrat zu gehen.

Abg. Dr. Haegh (Sl.) verlangt ebenfalls die Gestattung des Anbaues der amerikanischen Rebe.

Abg. Dr. Becker (Hessen, b. l. Fr.) und Abg. Dr. Paasche (natl.) treten für die Aufrechterhaltung des Reblausgesetzes ein, wünschen aber erweiterte Versuche mit dem Anbau der amerikanischen Rebe.

Der Titel wird angenommen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr (Sachabhandlung des Vereinsrechts).

Schluß 6 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung.

Berlin, 3. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

### Das Unglück auf der Zeche Achenbach.

Abg. Zumbach (Str.) begründet folgende Interpellation:

Ist die Staatsregierung in der Lage, Auskunft über die Ursachen des Grubenunglücks auf „Achenbach“ am 30. Januar d. J. zu geben, und was will sie tun, um der häufigen Wiederholung solcher Unglücksfälle vorzubeugen?

Die Treiberei, um jeden Preis Kohlen, Kohlen zu fördern, ist Schuld an den Grubenkatastrophen. Die Ueber- arbeit muß die Arbeiter nervös machen. Die Arbeiter auf den Schlagwettergruben — es sind das zehntausende Arbeiter im Ruhrbergbau — müssen über die Schlagwettergefahr aufgeklärt werden. Die Erzeugung der Sicherheitslampen durch elektrische erhöht die Schlagwettergefahr. Wie steht es mit der Erprobung der Schlagwetterpeife? Die Unfallziffer ist immer noch im Steigen begriffen, trotz der Einführung der Sicherheitsmänner, denen die Zeichenvermutungen vielfach nicht die nötige Freiheit lassen. Da können die Sicherheitsmänner, die im Falle der Pflichterfüllung Lohnreduzierung zu erwarten haben, freilich keine Ergebnisse! (Zust. i. Str.)

Handelsminister Dr. Sydow führt nach einigen Worten des Beileids aus: Nach den amtlichen Feststellungen hat die letzte Befahrung durch einen Sicherheitsmann am 26. Juli v. J. stattgefunden. (Hört, hört! h. d. Soz.) Aber er war als Schießmeister täglich an der Unfallstelle. Schlagwetter wurden nie gefunden, es wurden Sicherheitsprengstoff und Sicherheitslampen verwendet. Die Bewetterung ging weit über die hergebrachten Vorschriften hinaus. — Der Minister schildert dann den Verlauf der Explosion, die 24 Knappen und Steiger tötete und sieben so schwer verletzete, daß sie noch nicht vernehmungsfähig sind. Es war eine reine Schlagwetterexplosion, wobei die Schlagwetter gekommen sind, ist noch nicht aufgeklärt, ebensowenig die Zündungs- ursache. Neuerdings wurden Risse gefunden, aus denen Schlagwetter feigen. Die Ermittlungen und Aufklärungsarbeiten werden hoffentlich noch Klarheit bringen. Der seit 16 Jahren im Bergbau stehende Sicherheitsmann berichtet, daß niemals Schlagwetter auftraten, die Arbeiterschaft ziemlich fähig ist und vor dem Unfall nicht geschlafen wurde. Der „Achenbach“-Unfall im Dezember 1912 ist ebenfalls im Südfeld, jedoch auf einem andern Flöz passiert.

Die Bergverwaltung führt seit jeher einen Kampf gegen die Gefahren des Bergbaues. Stein- und Kohlenfall verursachen viel mehr Unfälle als Schlagwetter, wirken jedoch nicht so elementar und erzeugen deshalb nicht ein solches Aussehen wie die großen Schlagwetterexplosionen. Wir haben in allen Sicherheitsfragen besondere Kommissionen eingesetzt, die gründlich gearbeitet haben. Die Bergpolizeivorschriften enthalten eingehende Anordnungen für die Minderung der Gefahren. Die Explosionsgefahren wollen wir durch Sicherheitsprengstoffe, einschränkende Bestimmungen für den Abbau in gefährlichen Betrieben und Vorsichtsmaßregeln beim Schießen vermindern. Die Haberische Schlagwetterpeife muß erst praktisch erprobt werden, auch Zeit in Zena hat einen derartigen Apparat zur Erkennung des Reihangehalts in der Luft konstruiert. Eine allgemeine Verminderung der Unfälle ist nicht erreicht worden, aber es ist wenigstens die Zahl der Explosionen erheblich zurückgegangen.

Die Steigerung der Kohlenproduktion entspricht dem gesteigerten Bedürfnis der Industrie. Da wir dafür nicht genug deutsche Arbeiter haben, müssen die Bergherren zu ihrem Leidwesen auch Ausländer beschäftigen. Die Ausländer müssen aber nach der Bergpolizeiverordnung die deutsche Sprache beherrschen. Ihre Aufklärung ist daher möglich und wünschenswert. Sie vermehren unausgesetzt die Aufsichtsberechtigten, Ein- facher usw. und haben die Sicherheitsmänner eingeführt. Es ist unrichtig, daß der Staat es an der Förderung der Sicherheitsmänner fehlen ließe. Aber wiederholt haben die Sicherheitsmänner Mängel übersehen und haben auch Ver- stöße ihrer Mitarbeiter nicht angezeigt, weil sie dann die

größten Unannehmlichkeiten zu befürchten hätten. (Hört, hört! rechts u. b. d. Natl.) Unabhängige Arbeiterkontrollleute würden sich lediglich als Angestellte ihres Verbandes fühlen und agieren. (Zustimm. h. d. Mehrheit.) Die Baukontrolle durch Arbeiter in Bayern hat die Unfälle noch nicht so heruntergedrückt wie die poli- zeiliche Baukontrolle in Preußen. (Hört, hört! bei der Mehr- heit.) Wir werden im Kampfe gegen die Gefahren des Berg- baues nicht erlahmen, so lange aber ihrer nicht ganz Herr werden, als ihre Bekämpfung in der Hand von Menschen mit ihren Fehlern und ihrer Unzulänglichkeit liegt. (Beif. h. d. Mehrheit.)

Abg. Bruck (Str.) beantragt die Besprechung der Interpellation, die beschlossen wird.

Abg. Schulze-Peltum (konj.) ist mit der Antwort des Mi- nisters vollkommen einverstanden. Da die Ursache noch nicht fest- steht, läßt sich im Augenblick nicht mehr sagen. (Beifall rechts.)

Abg. Traub (Fortfchr. Sp.): Wir begrüßen die Interpellation, da sie uns Gelegenheit gibt, uns das Schicksal der Bergleute vor Augen zu halten. Hinsichtlich der Sicherheitsvorrich- tungen stehen wir nicht hinter den Engländern zurück. Aber was nützen sie alle, wenn sie nicht in dem erforderlichen Maße von den Bergleuten angewendet werden können? Die Ermüdung der Arbeiter ist die Ursache für die unzureichende Verhinderung der Unfälle. Vor allem betonen wir den erzieherischen Wert der Arbeiterorganisationen im Hinblick auf die Un- fallsverhütung. Die englischen Bergarbeiter stehen in einem engeren Verhältnis zu ihrer Werkleitung. Das ist für die Sicher- heit des Betriebes wichtig. Im Unterschied zu England ist es uns in Preußen noch immer nicht gelungen, die Unfallziffer zu senken. Wir müssen die Produktivität der Menschen, des deutschen Arbeiters stets über alle Produktivität des Betriebes stellen. (Beifall links.)

Abg. Althoff (natl.): Es ist falsch, daß die Katastrophen durch die Jagd nach Kohlen verschuldet werden. Die Sicherheitsmänner haben sich nicht bewährt, weil man politische Zwecke damit verband. Ausländische Arbeiter werden nicht an verantwortlichen Stellen verwendet. (Beif. h. d. Natl. u. rechts.)

Abg. Que (Soz.):

Diese rätselfhafte Katastrophe bestätigt wieder, daß bei einigemmaßen genügenden Verinselungsanlagen eine Schlagwetter- explosion wenigstens nicht jenen grauenhaften Umfang annehmen kann, wie auf der Zeche Achenbach. Die Zeche Achenbach ist aber als Schlagwettergrube bekannt und darum war Vorsicht am Platze. Leider wird man gegen die so häufigen Unglücksanordnungen ab- gestumpft und nur die Massenunglücke machen noch Eindruck. Von den 2000 Toten jährlich im deutschen Bergbau kommen aber nur 10 bis 15 Prozent auf Massenunglücke. Die Statistik beweist, daß die auf Verschulden der Arbeiter zurückzuführenden Unglücke sich vermindern, leider aber marodiert Preußen in der Zahl der tödlichen Unfälle immer noch an der Spitze des europäischen Bergbaues. Zehntausende betriebsunfähige, fremde Arbeiter werden ins Ahrrevier geschleppt und auch an den ge- fährlichsten Stellen verwendet. Es verunglücken auch mehr Ausländer als weidmütige Arbeiter. An Stelle der Jagd nach Kohlen muß endlich die Menschlichkeit treten. Von den 24 Toten auf „Achenbach“ sind 20 unter 34 Jahren. Freilich in Westfalen wird ja ein 40 Jahre alter Bergarbeiter schon zum alten Eisen gerechnet! (Hört, hört! h. d. Soz.) Wie sollen denn die Arbeiter Vorsicht üben, wenn das Ahrrevier ist, die willkürliche Gebirgsverteilung durch die Dammern, die Gebirgs- herabsetzung usw. die Arbeiter zwingen, die Vorsicht beiseitezugehen. Statt die gefährlichen Hohlräume schleunigst zu verbauen, stellt man keine Reparaturarbeiter und nimmt diese Arbeiten mit in das Gedinge hinein! Wenn irgendwo, so ist im Bergbau Ahrrevier! (Zustimm.) Das altsächsische Gedinge beruhte auf einem Ahrrevierlohn. Die Zechenherren haben auch Mindestpreise für die Kohle festgesetzt, aber die Arbeiter dürfen keinen Mindest- preis für ihre Arbeitskraft festsetzen! Strafen bis zu 5 Mark pro Wagen und pro Mann treiben die Arbeiter an. Die Lebensmittelpreise sind viel stärker gestiegen als die Löhne, schlechte Er- nährung ist aber keine Unfallverhütung! Die Steiger leben in völliger Rechtlosigkeit; sie sollen billige Kohlen steuern und gleichzeitig für die Betriebsführung verantwortlich sein. Da müssen sie freilich merkwürdig werden!

Die Klagen über Maßregelung pflichtgetreuer Sicherheits- männer sind so alt wie diese ganze Einrichtung. Auch auf „Achen- bach“ wurden die Sicherheitsmänner jählichaniert. Man heßt sogar die Arbeiter gegen die Sicherheitsmänner auf und nach dem Streike hat man diejenigen Sicherheitsmänner, die die Mängel auf „Achenbach“ angezeigt hatten, nicht wieder eingesetzt. Es ist ja bekannt, daß nach den Zeichenbetrieben die Sicherheits- männer nichts anderes sein sollten als weiße Salbe, und das sind sie geblieben. Für die Sicherheitsmänner müßten Mindestlöhne festgesetzt werden. In England besteht bereits der Mindestlohn für Untertagearbeiter und jetzt wird dort die Schichtzeit beschränkt. In Frankreich, Belgien und Holland besteht seit Jahren der Acht- und Neunpundertag, trotzdem die Betriebsbedingungen nicht günstiger sind als in Preußen, wo noch bis zu 12 Stunden ge- arbeitet wird und viele Ueberstündchen gemacht werden. Dazu gehen die neuen Schächte immer mehr in die Tiefe, wobei die Temperatur immer höher wird. Kein Wunder, daß die Berg- arbeiter degeneriert und ausgemergelt aussehen. Nicht die Mensch- lichkeit, sondern die Wirtschaftlichkeit, nicht Kultur, sondern Bar- barei scheint hier maßgebend zu sein. Aber hoffent- lich sind die Toten von „Achenbach“ nicht nutzlos gefallen. Nicht kapitulieren wollen wir vor dem Kapitalismus, sondern ihn aus menschlichen und kulturellen Gründen überwinden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberberghauptmann v. Velsen: Auf alle Einzelheiten kann ich nicht eingehen. (Der Redner ist zunächst schwer verständlich und gibt Zahlen über die Beamten im preussischen Bergbau usw.) Bei seinen Zahlenangaben stützt sich der Abg. Que immer auf 1912; das ist aber nicht richtig. Wenn man aber längere Zeiten in Be- tracht zieht, so erhält man ein anderes Bild. Immerhin haben wir in dem sich so rasch entwickelnden preussischen Bergbau be- deutend viel Unfälle.

Abg. Schrader (freikonz.): Die Beunruhigung des Bergmanns hat ihren Grund nicht in Unfallgefahren, sondern in politischer Beeinflussung. Es ist unrichtig, daß nur der organisierte Berg- mann über berufliche Fragen aufgeklärt wäre. Die politischen Organisationen sollten auch solche Aufklärungsarbeiten leisten. Die Berufsvereinigungen können Holz sein auf ihre Leistungen. Der Querschnitt der Bergarbeiter ist der erste Band sehr lehrreich, aber der zweite ist tendenziös und beredend und das hat Herr Que ändern überlassen können. Die politischen Organisationen rauben den Arbeitern die Freude am Beruf, der deutsche Bergmann soll nur ein Proletarier sein — aber das wird er nie sein, er wird diesen Verführungen nie folgen! (Bravo! rechts.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Warum regen Sie sich über so auf? — Gehter! Ah, Herr Hoffmann, Ihnen sage ich mit dem Erdgeist im „Janki“: „Du gleichst dem Geiß, den du begreiffst, nicht mir!“ (Gr. Heiterkeit links.)

Abg. Karstaus (Kole): Zu parteipolitischen Reden ist dieses Unglück doch zu traurig! (Zust. links.) Um wieder jählicher- weise die Rebe Que als die des Korredners! — Der Redner be- negt die Abkämpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd

die Rebe Que als die des Korredners! — Der Redner be- negt die Abkämpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd

die Rebe Que als die des Korredners! — Der Redner be- negt die Abkämpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd

die Rebe Que als die des Korredners! — Der Redner be- negt die Abkämpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd

die Rebe Que als die des Korredners! — Der Redner be- negt die Abkämpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd

die Rebe Que als die des Korredners! — Der Redner be- negt die Abkämpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd

die Rebe Que als die des Korredners! — Der Redner be- negt die Abkämpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd

die Rebe Que als die des Korredners! — Der Redner be- negt die Abkämpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd

die Rebe Que als die des Korredners! — Der Redner be- negt die Abkämpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd



## Vom Reichstags-Wahlkampf in Zerichow 1 und 2.

### Der Einfluß der Sozialdemokratie.

In allen bürgerlichen Wahlversammlungen wird über die „roten 110“ gehöhnt, die angeblich gar nichts im Reichstag geleistet haben. Nun dürfte ja auch der unklügliche Wähler einsehen, daß die 110 ihren Willen nicht immer durchsetzen können, denn es stehen ihnen 287 Bürgerliche gegenüber. Aber immerhin ist die sozialdemokratische Fraktion eine gefährliche und einflußreiche Macht. Hören wir, was am 27. April 1913 die „Deutsche Bergwerkszeitung“, ein Organ der Grubenkapitalisten, sagte:

Die 110 Sozialdemokraten im Reichstag haben eine Wirkung ausgeübt, die man im ersten Augenblick nicht erwartet, nicht geschätzt hatte. Die Macht der Zahl hat sich unaufhaltsam durchgesetzt. Man hat erst gemeint, ob 50 oder 110 Sozialdemokraten im Reichstag sitzen, ist gleichgültig, sie können nichts machen, denn sie sind ebenso weit entfernt von einer Majorität wie je. Die Rechnung war falsch. Hundertzehn in einer Körperschaft von einigen Dutzendhundert sind eine gewaltige Macht, wenn die übrigen in sechs oder sieben feindliche Fraktionen gespalten sind. Sie würden nichts sein, wenn die andern einig wären, sie sind ausschlaggebend, wie die Dinge heute liegen.

Schon die Tatsache, daß bei jeder großen Gelegenheit, wie bei der Einbringung der Wehrvorlage, ein Sozialdemokrat das erste Wort haben muß, weil seine Fraktion die stärkste ist, übt eine niederdrückende Wirkung aus. Auf die Massen macht es einen großen und nachhaltigen Eindruck, wenn in einer solchen Lebensfrage für das deutsche Volk in einem Augenblick, wo die ganze Welt mit atemloser Spannung auf den deutschen Reichstag blickt, nicht ein Bismarck oder ein Miquel, ein Simson oder ein Forckenberg, ein Windthorst oder selbst ein Eugen Richter nach dem Reichstagswort das Wort ergreift, sondern — Herr Scheidemann oder Herr Ledebour, die mit ängstlichem Spott und bitterem Sarkasmus eine Frage behandeln, von deren Beantwortung gegebenenfalls Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes abhängt.

Vängst wäre ein neuer Anbruch wie die berühmte Finanzreform vom Jahre 1909 auf das arbeitende Volk unternommen worden, wenn nicht die Furcht vor der Sozialdemokratie davor zurückhielte.

### „Dem Brandt haben wir's aber gegeben...“

In der „rettenden Versammlung“ an der Königsborner Straße trat am Sonnabend abend zum Schluß als dritter Referent noch Freund Wolff auf.

„Wir kommen schon aus Woltersdorf“, begann er und warf sich mächtig in die gewölbte Mannesbrust, „dort haben wir ein Zusammentreffen mit dem Rittergutsbesitzer Brandt gehabt. Sie wissen ja, meine Herren, dem Brandt haben wir's aber gegeben, der wird sich nach einer zweiten Auseinandersetzung nicht sehnen!“

Ein bewunderndes Bravo! erschall aus einem Dutzend fortschrittlicher Reden. Der Stolz auf die mutigen Bannerträger glänzte aus 24 Augen. Und Freund Kobelt sah schmunzelnd dabei und bewunderte sich selbst.

Widerprochen hat er nicht. Warum auch? Er hatte dem Brandt ja wirklich was gegeben, nämlich — Ferkengeld! ...

### Rebellion bei den Nationalliberalen.

Daß der Aufruf der Nationalliberalen für die Kandidatur Kobelt so spät herauskam und so lauwarm gehalten ist, hat seine guten Gründe. Schon seit langem munkelte man, daß im Lager der Nationalliberalen nicht alles einig sei.

Jetzt kommt die Aufklärung: In den Bürger Vätern wird ein „Eingefandte“ veröffentlicht, daß mit E. St. unterzeichnet ist und wohl nicht mit Unrecht dem Tuchfabrikanten Steinle zugeschrieben wird, der bisher in der nationalliberalen Partei eine Rolle spielte. In dem Eingefandte heißt es u. a.:

Die große Mehrheit der Angehörigen der nationalliberalen Partei gehört wohl Berufsständen an, die doch sehr an der wirtschaftlichen Gesetzgebung interessiert sind. Bedenkt man nun, daß die Durchführung des Wirtschaftsprogramms der Volkspartei wohl für die große Mehrheit der Gewerbe in unserm Kreise nachteilig sein würde, und daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstags die Richtung unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik von einer Stimme abhängen kann, dann ist es doch, so sehr man auch sonst die Parteidisziplin schätzen mag, in diesem Fall eine starke Zumutung an die Wähler, ihre wirtschaftlichen Interessen hinter das Partei-Interesse zurückzustellen.

Schließlich müssen die Nationalliberalen des hiesigen Kreises aber auch noch die Wirkung ihres Beschlusses über unsern Kreis hinaus berücksichtigen. Wie können denn die schutzlosen Berufsstände Deutschlands der nationalliberalen Partei Vertrauen haben, wenn diese Partei, ohne Rücksicht auf unsere gefährdete heutige Wirtschaftspolitik, nicht nur im letzten Sommer den ausgesprochensten Vertreter des Freihandels, Raumann, wählte, sondern auch heute wieder im hiesigen Wahlkreis für eine freihändlerisch gerichtete Partei eintritt. Sie hat es sich dann doch selbst zugeschrieben, wenn sie schließlich weniger beurteilt wird nach ihren Worten, als nach ihren Taten.

Der Einjender gibt weiter der Ansicht Ausdruck, daß der Zweck, den Kreis für die „nationalen Parteien“ zu sichern, „mit noch mehr Aussicht auf Erfolg erreicht werden könnte, wenn die nationalliberalen Wähler für den konservativen Kandidaten einträten“, um so mehr, als bei der letzten Wahl der Konservativen bereits 100 Stimmen Vorsprung vor dem Fortschrittler hatte und je die Freisinnigen diesmal noch keine Stichwahlparole hätten aus-

geben wollen. Ihre „nationale“ Zuberlässigkeit sei also nach wie vor anzuzweifeln.

Wenn diese Ansicht des Herrn E. St. in den nationalliberalen Kreisen noch weiter verbreitet ist, so dürfen Herrn Kobelt auch seine schützöllnerischen Seitensprünge wenig helfen, um so weniger, als die Ausführungen E. St. sicher mehr Logik enthalten, als das hilflose Gerede der nationalliberalen Parteileitung.

### Berfassungen.

Burg, 4. Februar. Ueber „Die bürgerlichen Parteien im Kampf um die Volksrechte“ referierte Reichstagsabgeordneter Siebel im „Grand Salon“ vor einer dicht gedrängten Menge. Die Konservativen, so führte der Redner aus, erkennen nur zwei Sorten Menschen als beseinsberechtigt an: die mit der Reitschneise geboren werden und die mit einem Sattel zur Welt kommen! Zu den ersteren rechnen sie sich selbst, als die letzteren aber sehen sie das Volk an, auf welchem die Junker reiten. Bewußt verschärfen sie die Gegensätze zwischen Militär und Zivil, die stille Hoffnung hegen, daß letzten Endes die Kleinsten ihrer Herrschaft immer wieder beseitigen. Die Schuld daran, daß dem so ist, trägt der Liberalismus. Ohne sachlich zu prüfen, haben die „aufrechten“ Freisinnsmänner alle Gesetzesvorlagen der letzten Jahre geschluckt. Keiner habe sich dagegen gemeldet, als immer neue Lasten den Steuerzahlern aufgebald wurden. Ebenso hat der Freisinn alle Reformentwürfe der Sozialdemokratie zum Schutze der Soldaten und des Rotwehrechts abgelehnt. Nun endlich sei es wohl an der Zeit, dem Unsinne des Verträuens Umhalt zu gebieten. Aber weder Schiele noch der aufrechte Kobelt würden dies tun. Allein für eine Verminderung der Militärausgaben, die heute schon pro Kopf 29 Mark ausmachen, wird eben nur der Sozialdemokrat eintreten. Redner besprach dann die ungerechten indirekten Steuern, welche ganz gleich von arm und reich erhoben würden. In derselben Höhe vom Millionär wie vom Arbeiter. Wenige Mark direkte Steuern verursachen oft einen Jahresausbruch der Belasteten, hier aber zahlte jährlich eine fünfköpfige Familie 320 Mark indirekte Steuern für die notwendigen Bedarfsartikel. Ein Bild von der ungeheuren Summe, die man sich machen, wenn man sich verbergen wärte, daß die Gesamteinnahme dieser indirekten Steuern in 10-Mark-Stücken 32 000 Zentner betrage, zum Fortschaffen aber 320 Eisenbahnwagen gehören würden. Der Kobelt aber hat selbst erklärt, daß er für die Verbeibaltung der Getreidezölle eintreten will, also auch dafür, daß ferner die Profiteure allein 75 Mark für eine Familie ausmachen wird. Wer das nicht will, der hat es in der Hand, keinen ausgeprochenen, keinen verkappten Anhänger des Schutzes zu wählen, sondern einen offenen Gegner desselben, den Genossen Haupt. Notwendig aber sei dies auch im Interesse der 1915 oder 1916 zu erneuernden Handelsverträge. Auch sei man von Agrarierseite schon wieder dabei, neue Zölle für Röhre, Obst, Gemüse und Milch zu fordern, ganz unbesorgt darum, daß heute schon von 100 geborenen Kindern 20 im 1. Lebensjahre sterben. Straftäter Leidtun aber sei es, wenn nicht jeder, der von seiner Hände Arbeit leben müsse, sein Brot verteidige, indem er Haupt seine Stimme gebe. Falsch auch sei die Legende, daß beide Kandidaten den Handwerkerstand zu haben sich bemühen wollen. Die Liberalen, welche vom Großkapital die Wahllosten erhalten, sind gar nicht imstande, Interessen zu vertreten, welche diesem Großkapital entgegenstehen. Würden sie es einmal wagen, so würde jede liberale Wahl wegen Geldmangels unterbleiben. Die Konservativen aber belasten Handwerker und Arbeiter mit ganz gleich hohen Lasten, ohne etwa nach dem Wohlergehen des einen zu fragen. Redner streift dann die mangelhafte Sozialpolitik Deutschlands, die ungeheuer steigenden Unfallkosten der Landwirtschaft und Industrie. Dagegen auf der andern Seite die Ansammlung des Reichtums. 1875 gab es 75 Millionen, 1911 aber gab es 14 000 Millionen. Diese ganze an Unvernunft grenzende Entwicklung verlange Ab-schließung. Schreien des Unrechts sei es, daß von 66 Millionen Deutschen nur 6 Millionen etwas besitzen. Menschenrecht aber sei es, daß alle Deutschen genießen und teilhaben an dem Ertrag der Arbeit im Vaterland. Wer das aber will, der muß mit aller Energie eintreten und arbeiten bis zum letzten Atemzug, daß am 10. Februar das rote Banner, zu welchem Millionen Deutsche voller Hoffnung aufblicken, so hoch gehißt werde, daß selbst kein Agrarier mehr heranzöge, um es zu beschmutzen. — Minuten-langer Beifall lohnte den Redner. — Genosse Bielowitz ermahnte die Versammelten, überall von der Wahl zu reden, überallhin, wo man auf dem Dorfe Verbindung habe, von den neuen Wahlstimmen zu schreiben, und schloß die Versammlung mit einem krausenenden Hoch auf die Sozialdemokratie.

Wolter, 4. Februar. Zu den Orten, wo bisher noch keine sozialdemokratische Versammlung stattfand, gehörte bisher auch unsere Gemeinde. Am Dienstag abend fand hier eine gut besuchte, von uns einberufene Wählerversammlung im Zelle statt. Das Referat hatte unser Kandidat, Genosse Wilhelm Haupt, übernommen. In einpünziger Rede legte er den Zuhörern die politische Situation in unserm Wahlkreis dar. Eingehend erörterte unser Kandidat die Tätigkeit der „nationalen“ Parteien im Reichstag und die jetzt im Wahlkampf gemachten Versprechungen der „ordnungspartheilichen“ Kandidaten. Lebhafter Beifall lohnte den Vortragenden. — Ein liberaler Gärtner meinte in der Debatte, den Beweis dafür, daß die Liberalen mit den Konservativen ein Bündnis gehabt hätten, könne Genosse Haupt doch nicht erbringen. Unserm Kandidaten war es ein leichtes, diesem Liberalen nachzuweisen, daß zu Wilkows Zeiten tatsächlich eine solche Paarung zwischen Karppen und Kaninchen stattgefunden habe. Im übrigen wurde ihm der Rat erteilt, die zur Verteilung gelangte „Volksstimme“ zu lesen und über das darin beschriebene „Treffen von Woltersdorf“ nachzudenken. Mit der Vorzeigung des Kobells der amtlichen Wahlstimme und einem kräftigen Hoch auf unsere Partei fand die interessante Versammlung ein Ende. 1½ Stunden danach lagerte unser transportables Heim schon in Gommern, um am Mittwoch in Blösch zur Aufstellung zu gelangen.

Milow, 4. Februar. Am Sonntag den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, tagte in Milow im Lokal des Gastwirts Götsch eine öffentliche Wählerversammlung, in welchem unser Kandidat Genosse Haupt über die bevorstehende Reichstagswahl referierte. Eine derartig stark besuchte Versammlung ist in Milow wohl noch nicht abgehalten worden. Genosse Haupt verstand es vortrefflich, den Beifall der Anwesenden zu erringen. In der Diskussion ließ sich keiner von unsern Gegnern hören. Nach der Aufforderung der Genossen Walzleben und Geue, die Versammlungen unser Gegner zu meiden, bis uns volle Rede-freiheit gemacht wird, schloß die Versammlung mit krausenenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie. Der Arbeiter-Gesangverein von Neue Schleuse, welcher einige Stimmungsvolle Lieder vortrug, erzielte großen Beifall. Eine Zerkendigung brachte den Ertrag von 7,70 Mark. Ein Nideltanz am einem am Abend des 31. Januar stattgefundenen Schifferball brachte dem Wahlfonds die Summe von 3,65 Mark ein.

Neue Schleuse, 4. Februar. Am Sonntag fand hier eine gut besuchte öffentliche Wählerversammlung statt. Das Referat hatte der Reichstagsabgeordnete Genosse Emanuel Burm übernommen. In seinem vorzüglich gehaltenen Referat ging Redner zunächst auf die politische Lage im allgemeinen ein. Er wies auf die unendlichen Summen hin, welche Militarismus und Marinismus schon verschlungen haben, dagegen sei für die Arbeiterklasse bis jetzt wenig geschehen, um ihre Lage zu verbessern. Militarismus und Kapitalismus brauchen sich gegenseitig, um die Arbeiterklasse niederzuhalten und ihr, wenn möglich, das allgemeine Wahlrecht zu nehmen. Darum solle jeder Arbeiter auf der Hut sein und von dem einzigen Rechte, welches nicht arm und reich unterscheidet, dem Wahlrecht zum Reichstag, den richtigen Gebrauch machen. Ohne die 110 Sozialdemokraten wäre es nicht möglich gewesen, die jetzt bestehende Wehrsteuer Gesetz werden zu lassen und dadurch die ärmere Bevölkerung vor einer Reihe neuer indirekter Steuern zu bewahren. Redner beleuchtete jedoch die Tätigkeit der einzelnen Parteien im Reichstag, er erkennt die Konservativen als christliche Gegner an, die da sagen, was sie denken und wollen, alle andern Parteien, vor allem aber die Liberalen, verbergen ihre wahre Ansicht und täuschen das Volk. Der Schiele-Kobelt und der Kobelt-Schiele haben zur Genüge bewiesen, in welchem Fahrwasser sie sich befinden. Ganz Deutschland blickt mit Spannung auf den Ausgang dieser Wahl, welche auf ungeschehliche und ungerechte Art durch die Schiele- und Kobeltmänner kassiert worden ist. Darum ist es doppelte Pflicht der Arbeiterklasse, am Tage der Wahl mit dem Stimmzettel für Haupt die Zukunftspläne dieser Herren zu vernichten. Stimmlicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Worte. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Zum Schluß forderte der Vortragende auf, das Gehörte am Tage der Wahl zum Ausdruck zu bringen, aus der nur der Genosse Haupt als Sieger hervorgehen darf.

## Provinz und Umgegend.

### Ueberverpachtungen.

Am Sonnabend den 7. Februar, vormittags 9 Uhr, kommen im großen Saale der Richardtschen Festhalle in Magdeburg, Eingang Apfelstraße 9, städtische Sitzungs- und Separations-Büro zum Ausgebot. Die Acker liegen auf Magdeburger, Sudenburger, Neustädter, Rothenseer, Lemsdorfer, Barlcher und Westerbüfer Gebiet. Sie kommen auf 6 Jahre zur Verpachtung.

### Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Sämtliches Kauenvieh, das aus den Provinzen Ost- und Westpreußen in den Regierungsbezirk Magdeburg eingeführt wird, ist, wenn es mit der Eisenbahn eingeführt wird, bei der Entladung, wenn es auf dem Landweg eingeführt wird, alsbald nach Ueber-schreiten der Bezirksgrenze amtierärztlich zu untersuchen. Der Besitzer oder Führer des Transportes hat von dem Eintreffen des untersuchungspflichtigen Viehes spätestens 12 Stunden vor dessen Eintreffen dem zuständigen beamteten Tierarzt Anzeige zu erstatten und darf das Vieh nicht eher von der Einladungsstelle oder von der Bezirksgrenze entfernen, bis die Untersuchung stattgefunden hat.

Kauenvieh, das aus den Provinzen Ost- und Westpreußen eingeführt wird, ist am Bestimmungsort in abgeordneten Stall-räumen unterzubringen und für die Dauer von 8 Tagen der polizeilichen Beobachtung zu unterwerfen. Ist eine Unterbringung des Viehes in gesonderten Stallräumen nicht möglich, so ist die polizeiliche Beobachtung auf das gesamte in den Ställen untergebrachte Kauenvieh auszudehnen. Sämtliche zu einem Transport gehörigen Tiere müssen auch dann, wenn sie für verschiedene Besitzer bestimmt sind, der Beobachtung unterworfen werden, bevor eine Teilung des Transportes stattgefunden hat.

Ein Wechsel des Standorts des unter polizeiliche Beobachtung gestellten Viehes ist verboten. Die Ausfuhr des Viehes zur Abschachtung ist während der Beobachtungsfrist unter den für die Ausfuhr von Vieh aus Beobachtungsgebieten geltenden Bedingungen mit polizeilicher Genehmigung gestattet.

Nach Ablauf der Ständigen Frist ist das der Beobachtung unterliegende Vieh amtierärztlich zu untersuchen. Wenn die Untersuchung die Unverträglichkeit der Tiere ergibt, ist die Beobachtung aufzuheben.

Für das aus den Provinzen Ost- und Westpreußen zum Zwecke sofortiger Abschachtung in öffentliche Schlachthäuser eingeführte oder auf Schlachthiebmärkte aufgetriebene Kauenvieh greifen die Vorschriften über die gesonderte Aufstellung und die polizeiliche Beobachtung nicht Platz. Das auf Schlachthiebmärkten aufgetriebene Kauenvieh darf jedoch von den Schlachthiebmärkten nur zur Schlach-tung oder zum Auftrieb auf andre Schlachthiebmärkte abgetrieben werden.

Für die Behandlung des aus Beobachtungsgebieten der genannten Provinzen eingeführten Kauenviehs bleiben die besondern, bei der Ausfuhr dieses Viehes vorgesehenen Bedingungen maßgebend. Zuwiderhandlungen gegen die dorthin bestehenden Bestimmungen werden nach § 76 Nr. 1 des Viehseuchengesetzes bestraft.

### Wahlkreis Zerichow 1 und 2.

Burg, 4. Februar. (Proletariatsleben.) Von einem Verbandskassierer erhalten wir folgende Schilderung: In einer kleinen Wohnung ist eine Familie mit drei Kindern untergebracht. Der Mann zügel im letzten Stadium der Schwindsucht mit dem Tode. Unmög-lich von seinen Rassen hat der Kranke nicht mehr zu beanspruchen, er ist ausgezehrt. Die Kinder umdrängen die Mutter, die soeben mit einem aus der Kaserne geschmuggelten Kommissbrot nach Hause gekommen ist. Hierin fallen sie darüber her. Der kranke, röhrende Kranke wird vergessen von den Kindern, ihr Hunger beherrscht ihr Denken, nichts anderes. Wie lange wird's dauern, bis auch sie an Leib und Seele gebrochen dahinsinken. Die bürgerliche Gesellschaft aber bildet sich ein, schon viel zuviel zu tun für diesen undankbaren Pöbel, der mit einem Kluge Satz mit einem Segenswunsch aus dieser teu-ergerichteten Welt geht.

(Eine außerordentliche Parteisitzung) fand am Freitag den 6. Februar im „Grand Salon“ statt. Die Beschlüsse der Gewerkschaften sind eingeleitet.

Neue Schleuse, 4. Februar. (Die letzte Gemeindevortreter-Sitzung) erklärte die Wahl der drei Vertreter der ersten Abteilung für gültig. Darauf wurden die Gewählten in ihr Amt eingeführt und verpfichtet. Sodann wurden für eine Schlichtung des Gemeindevorstandes monatlich 20 Mark bewilligt. Da für das Gemeindegeld für Sitzungen so klein erweist, wurde beschlossen, die Sitzungen in Zukunft in der Schule abzuhalten. Außerdem wurden noch interne Angelegenheiten erledigt.

(Die Wahlvereinsversammlung) welche am Sonnabend stattfand, nahm zuerst fünf neue Mitglieder auf. Sodann erbatte Genosse Janell Bericht von der Gemeindevortreter-Sitzung. In der Diskussion hierüber wurde zum Ausdruck gebracht, daß nach der Reichstagswahl in eine rege Agitation für die kommenden Gemeindev-

bestenwahlen eingetretten werden soll. Hieraus folgte eine allgemeine Besprechung über die Agitation zur bevorstehenden Reichstagswahl. Sodann wurde dem Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß am Montag den 9. Februar, am Tage vor der Wahl, noch einmal eine öffentliche Wählerversammlung im Lokal von S. Heintze stattfinden soll. Alle Genossen, die am Wahltage helfen wollen, sollen sich bald melden. Mit einem kräftigen Appell des Genossen Raub an die Mitglieder, die paar Tage bis zur Wahl noch tüchtig auszunutzen und für die Wahl des Genossen Haupt zu agitieren, erfolgte Schluß der Versammlung.

### Wahlkreis Wangleben.

Gr. Ottersleben, 4. Februar. (Deutschland in der Welt voran) lautet das Thema, das der Reichstagsabgeordnete K. K. in einer am Sonnabend den 7. Februar im Strumpfjüden Lokale stattfindenden Versammlung behandelt wird. Ein hochaktuelles Thema, das zur Tagesordnung gestellt worden ist. In welchen Dingen ist denn Deutschland in der Welt voran? Wilhelm 2. hat einmal gesagt, daß die Kompottschüssel für den deutschen Arbeiter gefüllt sei. Wieder einmal befinden wir uns in einer schweren Wirtschaftskrise, würde die Kompottschüssel des deutschen Arbeiters wirklich gefüllt sein, dann würden die Perioden des wirtschaftlichen Niedergangs nicht von so tief einschneidenden Wirtungen am gesamten Volksgesamtheit sein können. Weil aber die Kompottschüssel des deutschen Arbeiters nicht gefüllt ist, weil er trotz seiner hohen Intelligenz noch immer für einen sehr kleinen Lohn arbeiten muß, deshalb die Tatsache, daß wir jetzt mit Zug und Recht sagen können: in massenhafter Zusammenballung von Not und grauem Elend ist Deutschland in der Welt voran. An immer neuen Belastungen für die Massen der Armen und einer weitgehenden Liebesgabenpolitik für Kinder und Schnapsbrenner, da allerdings ist Deutschland allen andern Ländern weit voraus. Während in andern Ländern bei hohen Löhnen die Aufwendungen für den Lebensunterhalt erträglich sind, haben wir in Deutschland so horrenden Preise zu zahlen, daß die Löhne allein für den nackten Lebensunterhalt herauszugeben werden müssen. Dabei können und wollen wir natürlich nicht betonen, daß die Kapitalansammlung der Besitzenden immer größere Fortschritte gemacht hat. Die Gegensätze zwischen haben und haben werden größer. So erklären sich auch all die Ereignisse der jüngsten Zeit: die Schabelkiste, die Vorzüge der Schornsteinmacher gegen die Rechte der Arbeiter. Die proletarische Bewußtseinsbildung wird sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, ein objektives Bild der deutschen Kulturverhältnisse aus beruflichem Rund entgegenzunehmen. Unse Genossen müssen für einen guten Versammlungsbesuch Sorge tragen.

### Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Gr. Ottersleben, 4. Februar. (Gemeindeverreiter-Sitzung.) Ein Antrag der Gemeindeverreiter um Lohn-erhöhung wurde fallgelassen. Die Leihrentwärtlerin Blume Meier hatte einen Antrag eingebracht um Gemäßung einer Altersrente. Sie steht seit 1896 im Dienste der Gemeinde und erhebt Anspruch auf Rente, weil die Gemeinde ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen und die Frau dadurch der Zubehörenter verlustig gegangen sei. Die Versammlung kam nach Prüfung der Sachlage zu dem Beschlusse, den Anspruch auf Rente abzuweisen, weil Frau Meier nicht in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gegenüber der Gemeinde gestanden habe. Der Voranschlag für das Steuerjahr 1914 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 87 936 Mark. Die Steuerzuschläge für alle Steuerarten betragen 160 Prozent. Gemeindevorreiter Raub wünscht Wegfall des Steuerzuschlages von 2,40 Mark zur Einkommensteuer. In der Begründung wies er darauf hin, daß es empörend sei, Einkommen unter 600 Mark — auf diese bezieht sich der Satz —, welche noch nicht zur Freisetzung des Lebens ausreichen, zu besteuern. Hierfür könne denn die Grundsteuer, um den Bauanschlag balancieren zu können, erhöht werden. Die Grundsteuer bringe noch nicht einmal den Betrag, den die Gewerbesteuer bringe. Bei dem großen Vorteil, den die Grundsteuer für den Gemeindevorreiter hat, sei diese Erhöhung auch nur recht und billig. Die Grundsteuer können auch darum gegenüber den andern Steuerarten besser wegfallen, weil die Erhöhung zur Grundsteuer nach dem Vermögenswert und nicht nach dem gemeinen Wert vorgenommen würde. Proportional bringe die Gemeinde gerade für die Grundsteuer in Form von Wege- und Brückenbau die meisten Opfer. In der Debatte behauptete die Gemeindevorreiter, soweit sie Landwirte sind, die Ausführenden Rente. Für den Antrag des Gemeindevorreiters Raub stimmte nur der Antragsteller. Sämtliche Mitglieder der Versammlung stimmten, eingeschlossen die Wirtschaftler, die doch des größten Interesses daran haben müssen, die Agitation mehr zu den Seiten der Gemeinde heranzuziehen, stimmten dagegen. Gemeindevorreiter Gräbe, welcher fernseitig von den Arbeitern angepöbeln war und bei Anzeichen der Unruhe öffentlich versprochen hatte, nur im Interesse der minderbemittelten Klassen zu wirken, stimmte ebenfalls gegen den Antrag. Unter den stehenden Mitgliedern der Agitation stützten sich manche Leute wohl auf in den Kampfschreien der Arbeiter. Daran konnten sich einige Armenjungen anschließen.

### Wahlkreis Gr. Ottersleben.

Gr. Ottersleben, 4. Februar. (In der Mitglieder-Versammlung) des Wahlkreises, Wahlkreis Gr. Ottersleben, die am Sonnabend im Gemeindevorreiter Lokal, waren 150 Genossen und Genossinnen anwesend. Genossin Hartmann (Wahlkreis) hielt einen schönen Vortrag über: „Die Schulden der Genossen in den Dörfern, die Genossen in der Gemeinde?“ Sodann wurde Genossin Gräbe in den Vorstand, Genossin Gräbe als Vorreiterin gewählt. Nach dem Bericht der Wahlleitung hat sich der Mitgliederbestand von 185 männlichen und 58 weiblichen auf 187 männliche und 76 weibliche gehoben.

### Wahlkreis Gr. Ottersleben.

Gr. Ottersleben, 4. Februar. (Sitzung des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Neuhaldensleben.) Sämtlich nach langem Besuche hat der Vorstand am 12. Dezember gewählten Vorstandsmittglieder zu einer Sitzung am 3. h. M. in das Scharnweiser Lokal geladen. Weil das Besprechungsamt von Scharnweiser nicht mehr besteht hat, konnte der Vorstand des Vorstandes nicht gewählt werden. Das Besprechungsamt hat alle Obliegenheiten des Vorstandes, obwohl letzterer seit Monaten gewählt war, selbst erledigt.

— (Der blinde Passagier in der Hand des Gr. Ottersleben.) Wegen Betrugs hatte sich der Handlmann Hermann Schaller dem hier vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte fuhr im November vorigen Jahres in

Gesellschaft des Landwirts Rufian aus Wegenstedt mit der Eisenbahn nach Oebisfelde. Rufian war nicht im Besitz einer Fahrkarte, er stieg deshalb auf der Endstation auf der verkehrten Seite aus, um unbemerkt zu entkommen, was ihm auch gelang. Um aus der Freifahrt Rufians Kapital zu schlagen, erschien nach einigen Tagen Schindler bei Rufian und erzählte ihm, daß der Betrug herausgefunden sei und er durch Geld und gute Worte die Stationsbeamten bestochen habe. Anzeige sollte daher nicht erstattet werden. Da Rufian den erlogenen Angaben Glauben schenkte, gab er Schindler in zwei Raten 50 Mark für seine „Bemühungen“. Als aber der Vorfall später von anderer Seite dem Bahnhofsvorstand gemeldet und Rufian mit einem Strafmandat von 6 Mark bedacht wurde, zeigte er Schindler an. Dieser leugnete, die angegebenen Gelder empfangen zu haben und stellte Rufian als unglaubwürdig hin. Das Gericht sah aber vollendeten Betrug als erwiesen an und verurteilte den Angeklagten zu 3 Wochen Gefängnis.

### Wahlkreis Gr. Ottersleben.

Gr. Ottersleben, 4. Februar. (Ein gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins) von Elben und Wolmirstedt tagte am Sonntag abend im „Schwan“. Stadtd. Genosse Demker berichtete von der letzten Stadtverordneten-Sitzung. Darüber entspann sich eine lebhafte Diskussion. Man forderte, daß mit der schon im vorigen Jahre beschlossenen Pfählung der Hinterstraße begonnen werde. Damit könnte schon die an Orte herrschende Arbeitslosigkeit etwas gemildert werden. Demker wurde Klage geführt über die Dreißigstraße. Die morgens zur Bahn und zur Arbeitshalle gehenden Arbeiter müssen in völliger Dunkelheit diese Straße passieren, trotzdem die Straße mit Beleuchtungsanrichtung versehen ist. Dabei kann man sich schon am Tage einen Schaden zuziehen, wenn man die Straße passiert. Genosse Demker vertritt die Wünsche der Stadtverordneten-Sitzung zu unterbreiten. Hierauf hielt Genosse Ludwig (Odenstedt) einen Vortrag über den Kampf der Scharnweiser gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Sodann wurde Stellung genommen zu der im März stattfindenden Gemeindevorreiterwahl in Elben. Nach längerer Auseinandersetzung wurde Genosse Wilhelm Krüger wieder als Kandidat aufgestellt.

### Wahlkreis Gr. Ottersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Wernigerode, 4. Februar. (Es ist gelungen.) Die vorausgehenden war so ist es gelungen. In dem von der Rechtschule für Frauen abgehaltenen Vortrag über die neue Krankenversicherung wurde auf Anraten beschlossen, zwei Drittel von den zu zahlenden Beiträgen den Dienstboten abzutreten. Wenn auch den Versicherten die neue Einrichtung zugute kommt, so haben aber auch die Herrschaften durch sie eine große Erleichterung. Sie brauchen in Krankheitsfällen für ihre Angehörigen nicht mehr zu sorgen, wie das bisher der Fall war. Es liegt hier auf der Hand, daß sogar der Arbeitgeber wiederum den größten Vorteil hat. Die Rechtschule schlägt aber der paar Beiträge wegen großes Geld. Sie war eingerichtet, um bedürftigen Personen, als Dienstboten usw. Rat und Auskunft zu erteilen, nun ist aber der Spieß umgedreht, nun wird, wie es vordem der Fall war, der Arbeitgeber und die Arbeitgeberin darüber gewissermaßen aufgeklärt, was und wieviel von dem niedrigen Dienstbotenlohn noch alles abgezogen werden kann. Ein recht nettes Zeichen sozialer Betretungen.

### Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 4. Februar. (Sommererupten Theater) wollen die Mitglieder auch nicht viel wissen. Nicht nur in Stendal, sondern ganz besonders auch in den andern Städten der Altmark haben sich die Theatervereine in den letzten Jahren vergrößert. Die hiesigen hiesigen Bühnenvereine haben einen Ausweg. Sie beschließen am Sonntag, sich zu einem festen Verband zu vereinigen und ein Verbandstheater zu gründen, das seinen Sitzort zeitweise in Stendal, zeitweise in Salzwedel haben soll und von diesen beiden Orten aus Gesellschafter in den übrigen Verbandstädten gibt. Vorläufige Zeichnungen der Verbandstheater ergeben für nächsten Sonntag ein Spielprogramm von rund 25 000 Mark für die Vereinsmitglieder. Danach tragen die Vereine alle weiteren Anstrengungen, die Theater zu gründen, zu bestreiten. Der Verband wird sich für die Vereine in Stendal, Salzwedel und den übrigen Städten bilden, wird am 1. März in Stendal stattfinden. Das Theater, durch Organisation der Kunst zu fördern, ist jedenfalls zu begrüßen. Ein Wunsch wäre zu stellen: bei Auswahl der Stücke — der Verband soll sich zunächst auf die Aufführung des Spielplans richten — hätte keine Leiden, bevorzugt werden.

### Wahlkreis Halberstadt-Gr. Ottersleben.

Halberstadt, 4. Februar. (Im Straßbiergarten) heute nach 2 Uhr kam es zu einem Streit an der Haupt- und Hauptstraße ein der Landwirte Gebr. Strieg gehöriger Straßbiergarten wieder. Ein unbekanntes Pferd, ein Folgebauer, wurde beim Spazieren in den Straßbiergarten, um irgendwelchen Lust zu die Entlassung des Pferdes zu erlauben. Die Arbeit war schon von einem Erfolg begleitet. Es wurden halb veraltete Gegenstände zerlegt. Mit Schreien wurde man gepöbeln, daß man den Schädel und sonstige Knochenreste eines Menschen vor sich hatte. Danach hat jemand in dem Straßbiergarten geschrien, wobei durch Anstößigen der Damm in Brand gesetzt wurde.

— (Ein Unfall der „Ara“) Auf der Fahrt nach Hoya wurde der Wagen eines Hoyaer Schiffers entzweiigt. Hierbei wurde er verletzt so, daß er sich nicht bewegen konnte. Ein Mann, der sich auf dem Wege befand, wurde durch den Unfall verletzt. Die Verletzung wurde durch den Unfall verursacht. Die Verletzung wurde durch den Unfall verursacht. Die Verletzung wurde durch den Unfall verursacht.

bau-A.-G. Balet gesagt. Der Former R. hielt es für geboten, nachdem ihm dieser Betrag eigen war, sein Dornitzel zu wechseln. Vielleicht hat er bereits ein neues „Arbeitsfeld“, wo er gleichfalls als willkommener Arbeitswilliger wirken kann, ausfindig gemacht. Und für solche Schützlinge schreit man nach noch mehr Schutz — damit sie vielleicht noch leichter von dannen gehen können? —

— (Dem Wunsch, ein Fahrrad zu besitzen) konnte der Dreher Willi M. nicht widerstehen, weshalb er ein im Haushaltsflur stehendes Fahrrad entwendete. Jetzt muß er 3 Tage im Gefängnis über diesen Streich nachdenken. —

### Förderstedt, 4. Februar.

(Die Volksvereinsversammlung) am Sonntag beschäftigte sich mit der Gemeindevorreiterwahl. Als Kandidaten wurden die Genossen Fricke und Funke aufgestellt. Am 15. Februar findet eine Versammlung statt, die Stellung nehmen soll zur Gemeindevorreiterwahl. Der Vorsitzende forderte auf, schon jetzt Propaganda für die Wahl zu machen, damit unsere Stimmenzahl erheblich gesteigert wird. —

### Quedlinburg, 4. Februar. (Unglücksfall.)

Schwer verletzt wurde der Geschäftsführer Dörfler von hier, der, von Nachterstedt kommend, auf der Chaussee aus der Schöpfkelle fiel. Die Räder gingen dem Unglücklichen über den Leib. Dörfler ist ins Krankenhaus gebracht worden. —

— (Fabrikbrand.) Bei der Firma Dammann u. Stralman brach gegen 4 1/2 Uhr morgens in der Klempnerlei Feuer aus. Die in der Nähe liegenden Kistrassiere, denen ein Schlauchwagen ständig zur Verfügung steht, konnten das Feuer bald löschen. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. Der Materialschaden ist nicht allzu hoch und durch Versicherung gedeckt. —

### Schönebeck, 4. Februar. (Gegen die Gewerbeordnung)

berufen.) Der Wirtsmacher Otto Winkler hat dadurch gegen die Gewerbeordnung verstoßen, daß er in seinem Betrieb eine noch nicht 14 Jahre alte Arbeiterin im Sommer 1913 täglich länger als 6 Stunden beschäftigt. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Die Berufungskammer in Magdeburg hob das Urteil auf und belegte den Angeklagten mit 10 Mark Geldstrafe. —

— (Wegen Verleumdung der Schönebecker Polizei) erhielt der Arbeiter Wilhelm Egebaum vom Schöffengericht am 3. Dezember 1913 2 Wochen Gefängnis. Die von ihm eingeleitete Berufung wurde verworfen mit der Maßgabe, daß die Strafe auf 50 Mark Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis herabgesetzt wurde. —

— (Eine Volksvereinsversammlung) findet am Donnerstag statt. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, wird das Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen erwartet. —

— (Notbeitrag.) Der landwirtschaftliche Arbeiter Paul Schäfer erkrankte am 30. August 1913 von dem Amtsvorsteher Kühne zu Schönebeck, wo er damals wohnte, 3 Mark Darlehen unter der Verpflichtung, er wolle bei einem Güterbesitzer zu Mahlwinkel in Arbeit treten, es fehle ihm an Reizegeld. Der Angeklagte wurde wegen Notbeitrags zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, da seine Annahme, er habe in Not gehandelt, nicht widerlegt werden konnte. —

### Thale, 4. Februar. (Jubiläumfeier und Arbeitermahlregelungen.)

Der kaufmännische Direktor des Hüttenwerkes, Herr Kramer, feierte am Sonnabend und Sonntag sein 25-jähriges Dienstjubiläum als Beamter und Direktor des Werkes. Guldigungen großer Art sind dem Jubilar entgegengebracht worden. Der gelbe Hütten-Gesangverein und der „Arion“ sangen zur Feier des Tages stimmungsvolle Lieder. Zum Danke gab es freie Besuche in den Vereinstalaren der Vereine. Am Sonntag abend fand eine offizielle Feier für die Beamten des Werkes und die eingeladenen Gäste im „Ritter Bobo“ statt. In vielen Ansprachen und Toasten wurde der Jubilar, seine Familie und seine geschäftliche Tätigkeit und hervorragende Begabung gefeiert. Als Gegenleistung gab es volle Speiseküchen und eine genügende Anzahl Lommen echten Bieres. Ein paar Teilnehmern hatte das braune Getränk so gut gemundet, daß sie auf der Straße noch eine kleine gegenseitige „Fechtlübung“ vornahmen. Nun fragen aber viele Arbeiter in diesen Tagen: Was bekommen wir denn? Die Antwort hierauf ist nicht schwer, sie lautet: Ihr Arbeiter habt doch jetzt einen gelben Beibereiner, was wollt ihr noch mehr? Der Vorsitzende des Beibereiner hat doch ebenfalls Herrn Kramer seinen Dank abgeflattet für sein Wohlwollen gegenüber der gelben Bewegung. Der Jubilar hat denn auch in seiner Dankrede versprochen, den Verein weiter kräftig zu unterstützen. Einige kritische Betrachtungen sind indes bei dieser Jubelfeier angebracht. Wir verkennen ebenfalls die Tätigkeit und geschäftliche Begabung des Jubilars nicht. Im Gegensatz zu seinem Kollegen Brennecke, der als Schornsteinmacher gegen die Arbeiterbewegung bekannt ist unter den Arbeitern, genießt der Jubilar den Ruf, daß er ein liberaler Mann ist. Im allgemeinen wird nur immer der Wunsch geäußert, daß der eine so sein möchte wie der andre. Aber vielleicht wäre es doch möglich, daß Herr Kramer in manchen Dingen seinen Einfluß geltend machen könnte gegen seinen Kollegen Brennecke. Damit sind gemeint die gegenwärtigen Maßregelungen von organisierten Arbeitern, welche sich nicht in den Werkverein pressen lassen. In der Sicherheit ist noch einigen Arbeitern gekündigt worden, weil sie nicht gelb werden wollen. Weiter handelt und Artur Hohnheit sind Holz, daß die Former und Gießereiarbeiter zum „größten Teile wirtschaftsfriedliche Gelbe“ geworden sind. Wenn man sich aber diese trafen Gegenstände betrachtet: auf der einen Seite große Jubelfeier, auf der andern Seite Unterdrückung der wichtigsten Arbeiterrechte, dann erscheint das „wirtschaftsfriedliche Verhältnis“ in eigenartigem Lichte. —

### Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Druckschriften werden nicht zurückgeschickt. Besprechungen vorbehalten. Alle hier eingegangenen Bücher und Schriften sind auch durch die Buchhandlung der „Rechtschule“ mit deren Kolportieren zu beziehen.

Neue Zeit 18. Heft des 32. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Schluß mit Zubern. Von Dr. Paul Lenich. — Das Ausland als Kerner. Von Rudolf Reichardt. — Die Anfänge des preussischen Staates. Von Fr. Mehring. III. (Schluß). — Hauptmanns neues Drama. Von Konrad Schmidt. — Groß- oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft? Von Friedrich Wagner. — Zur Kirchenanstaltsbewegung. Von Bernh. Nende (Dresden). — Die „Achtzehnjährigen“. Von Franz Andree (Hamburg). — Zur Kinofrage. Von Fritz Eisner. — Die Organisationsform der Gewerkschaften. Von H. Dreyer. — Literarische Rundschau. — Notizen. — Zeitschriftenkatalog. — In eigener Sache. Preis Mark 3,25 pro Quartal; einzelnes Heft 25 Pfennig. —

# Die Vorliebe der Kinder

für Quaker Oats beweist den delikaten Geschmack. Geben Sie Ihren Kindern soviel Quaker Oats, wie sie nur essen wollen, und Sie werden merken, wie gesund und tatkräftig sie heranwachsen, es muss aber Quaker Oats sein.

Nur in Paketen erhältlich, um den Inhalt vor Staub und Schmutz zu schützen.



Gratis-Löffel für Quaker Oats Konsumenten

Quaker Oats Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle, schwer ersichtbare Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind. Diese Löffel tragen keinen Rechtsanspruch, sind von grosser Haltbarkeit und eine Zierde für jeden Tisch.

Genau Abbildung im Nahrungsbuch. Ohne Rechtsanspruch.







**Wasserstände.**

+ bedeutet über, - unter Null.		1. Febr.		2. Febr.		3. Febr.	
<b>Hess. Eger und Mosau.</b>							
Jungbunzlau	0,09	0,10	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Baum	0,10	0,02	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08
Wubweis	0,18	0,17	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Prag	0,16	0,18	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
<b>Maier und Saale.</b>							
Straußfurt	1,85	1,90	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Weissenfels Untp.	0,22	0,10	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12
Erztha	1,88	1,86	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Misleben	1,86	1,82	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04
Bernburg	1,01	1,02	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Salze Oberpegel	1,64	1,52	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Salze Unterpegel	0,86	0,64	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Grizehne	0,74	0,78	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
<b>Mulde.</b>							
Deffau, Muldenbr.	0,24	0,18	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06
<b>Elbe.</b>							
Hardubitz	0,46	0,45	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Brandeis	1,18	1,15	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Meim	0,88	0,87	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Zeimert	1,17	1,08	0,09	0,09	0,09	0,09	0,09
Lußig	1,24	1,16	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08
Dresden	1,50	1,52	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Lorgau	0,87	0,40	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Wittenberg	1,88	1,50	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12
Hoplau	0,76	0,83	0,07	0,07	0,07	0,07	0,07
Barby	1,09	1,11	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Salzungen	1,01	1,04	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Magdeburg	0,84	0,90	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06
Zangermünde	1,52	1,55	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Wittenberge	1,38	1,40	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Sömig	0,82	0,91	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Boizenburg	0,91	0,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sohnstorf	1,02	1,00	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Sauenburg	1,00	0,98	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02

Bernburg: Oberhalb Giesland. Düben: Treibeis schwach. Auffia: Giesland. Die Tauchtiefe für talwärts fahrende Lastfähne beträgt unterhalb Magdeburgs 1,40 Meter.

**Standesamtliche Nachrichten.**

Magdeburg, 3. Februar.

Aufgebote: Kaufmann Oskar Stöbe in Hannover mit Erika Klitzing hier. Maurer Friedrich Benese mit Helene Meißner. Schmied Paul Hoppe mit Olga Lehmann. Kaufmann Wb. Weishe

in Schöningen mit Minna Kater hier. Postassistent Ernst Schellhorn mit Elise Böning. Buchhalter Wb. Otto in Halle a. d. S. mit Frida Walle hier. Fabrikarbeiter Herrn. Bohne mit Auguste Klingner.

Eheschließungen: Eisenformer Erich Osburg mit Gertrud Benze. Sergeant Bernhard Pesch mit Agnes Anders.

Geburten: Wilhelm, S. des Eisenbahnarbeiters Otto Reinwandowski. Erta, T. des Hausdieners Heinrich Ober. Lucie, T. des Tischlers Wilhelm Weiser. Reinhold, S. des Eisenbahn-Assistenten Reinhold Klatt. Brunhilde, T. des Trompeters Heinrich Bode. Elli, T. des Fabrikarbeiters Otto Nagatzke.

Todesfälle: Westführer Hermann Schulze, 65 J. 8 M. 5 T. Polizeifeldwebel a. D. Medunungsrat Friedrich Meher, 65 J. 6 M. 1 T. Karoline geb. Schäfer, Ehefrau des Tischlers Heinrich Römer, 57 J. 7 T. Landwirt Otto Goedede, 56 J. 10 M. 29 T. Otto, S. des Kutschers Otto Bernede, 3 J. 10 M. 25 T. Elfe, T. des Arbeiters August Löffels, 3 J. 3 M. 8 T. Elia, T. des Kutschers Richard Müller, 3 J. 6 M. 2 T. Martha, T. des Fabrikarbeiters Karl Palujakiewicz, 3 M. 11 T.

Sudenburg, 3. Februar.

Aufgebote: Eisenbrecher Gustav Grune in Eikendorf mit Frida Klamm hier.

Geburten: Lina, T. des Barbiers Karl Jerichand. Martha, T. des Arb. Emil Sonnenberg.

Todesfälle: Ehefrau des Maurers Wilhelm Kalitzki, Elisabeth geb. Bachau, 48 J. 3 M. 10 T. Siechenhospitalit, früherer Schloffer Friedrich Walsiedel, 73 J. 3 M. 10 T. Walter, S. des Barbierherrn Heinrich Köhler, 10 J. 8 M. 27 T. Schuhmann a. D. Ernst Hamann, 56 J. 2 M. 5 T. Ida geb. Trittel, Ehefrau des Viehhändlers Karl Nepppe aus Bennedenbed, 32 J. 10 M. 11 T. Greta, T. des Weichenstellers August Groszaki, 7 J. 8 M. 27 T.

Sudau, 3. Februar.

Geburten: Heinz, S. des Lokomotivheizers Karl Thöhlde. Hans, S. des Kerndmachers Otto Richter. Sidbi, T. des Arbeiters Hermann Stollberg.

Todesfall: Hildegard, T. des Bahnarb. Otto Sierau, 4 Monate.

Neustadt, 3. Februar.

Aufgebote: Eisenbahnarbeiter August Goje mit Anna Brandt. Kaufmann Oskar Lejer mit Ella Hamann. Kaufmann Franz Delze mit Emilie Jaenade. Eisenbahnauhilfsweichensteller Hermann Zieje mit Auguste Gottschalk.

Geburten: Gerbert, S. des Kerndmachers Stephanus Kirchner. Edith, T. des Schuhmanns Karl Binnemann. Rudolf, S. des Brauers Julius Richter. Erich, S. des Kutschers August Biermann. Gerta, T. des Rejerde-Lokomotivführers Paul Frindte. Todesfälle: Bauunternehmer August Röde, 46 J. 1 M. 16 T. Renterempfänger August Hugi, 80 J. 17 T. Karl, S. des Steingutdrehers Martin Adermann, 3 T.

Affersleben.

Aufgebote: Geschäftsführer Wilhelm Otto mit Emma Urbas.

Todesfälle: Fleischergehilfe Hermann Birle, 48 J. 1 M. 2 T. Ehefrau Auguste Ritter geb. Depke, 51 J. 9 M. 15 T. Frida Wesemann, unberehel., 22 J. 7 M. 10 T.

Neuhaldensleben.

Aufgebote: Maurer Wilhelm Heinrich Besede in Lemfel mit Dorothee Helene Müller hier.

Geburt: S. des Bahnhofswirts Ernst Hermann Bartels. Todesfall: Arbeiterinvalide Karl Kühne, 56 J. 1 M. 29 T.

**Aus dem Geschäftsverkehr.**

Die neue Qualität Marke  
Handicap Cigaretten  
See 117

**Haupt Kobelt Schiele**

Würstchen gibt es auf dem Festplatz zwar nicht, dafür aber ist für andere Speisen und Getränke bestens Sorge getragen, so daß jeder Festteilnehmer etwas Kostbares zur Stärkung seines Körpers beim Volksfesttrummel finden wird. — Zur Beachtung:

beim Eintritt in den Festplatz keiner der Besucher nach rechts, sondern nach links in die Turnhalle; dort befindet sich der Sammelplatz aller lustigen Festteilnehmer. Für Unterhaltung ist gesorgt. Der Eintrittspreis beträgt pro Person 51 Pfennig. Langsire Kinder haben keinen Zutritt.

**BURG**

**ZENTRAL THEATER**

Stärkender Erfolg!  
**Der zerbrochene Spiegel**

**Die süßen Grisetten**

mit Phäa Wolff, Erich Deutsch-Haupt, Ida Vasa, Hans Süßenguth, Vilma Conradi und Georg Frossard.

**Sedlmayr**

der brillante Humorist  
Sonntag 8 1/2 Uhr kleine Preise.

**Zirkustheater**

Täglich 8 1/2 Uhr  
Durchschlagender Erfolg!  
**Der Deserteur**  
oder Die Schrecken d. Fremdenlegion.

**Walter Grunow**

Heft. Bergschlößen  
Jubel und Trübel!

**Stephanshallen**

Variété-Vorstellung.  
Strang bekanntes Programm für Familien-Substanz.

**Moderne Zimmerbahnen**

Weder Herren, Damen- und Knaben-Uhren, Uhrenketten, Schmuckstücken, kaufen Sie sehr vorteilhaft bei  
**H. Schütze, Uhrmachermeister,**  
Mitglied d. Deutsch-Schweizerisch-Uhrenfabrikations- u. Handelsgef.,  
Buckau, Schönebecker Str. 115,  
gegenüber der Dorisgelehrtenstraße.  
Reparaturen sorgfältig.

**Stadttheater**

Donnerstag den 5. Februar  
6. Abend. Serie Weiß.  
**Der Waffenschmied von Worms.**  
(Schülerarten haben Gültigkeit.)  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Freitag den 6. Februar  
Rechte Vorstellung im Ring-Platz  
**Die Götterdämmerung.**

**Wilhelm-Theater**

Donnerstag den 5. Februar  
**Wiener Blut.**  
Freitag den 6. Februar  
**Die Fledermaus.**  
Sonntag den 7. Februar  
**Fatinitza.**

**Der Zigeunerprimas.**  
Abends  
**Wiener Blut.**  
Montag den 8. Februar  
Benefiz für Artur Klaproth.  
Zum erstenmal:  
Der große Schläger des Berliner Theaters  
**Wie einst im Mai.**

**Union-Theater**

Schönebeck, Salzler Straße 3  
Der neue Sensations-Spielplan von elementarischer Gewalt!  
Kleinanführungsrecht für Schönebeck und Umgebung.  
**Erdbeben**  
realistisches Sensations-Schauspiel in 3 Akten aus der Schreckenszeit der furchtbaren Erdbebenkatastrophe in San Francisco.  
2 Schläger!  
Im Kampfe mit den Rebellen getötetes Kriegsdrache im Revue in 3 Akten.  
Der vorwiegendste Reiterfilm der neuen Saison.  
Gewaltige Schiffe, das Reuße im Stille.  
**Meyer spielt Versehen**  
Duplex Redenbenennung hochkomische Stoffe.  
**Vaters Lieblinge**  
Ein Programm des guten Geschmacks.  
Freudigkeit laßt ein  
Gotthold Künzel.

**Gross-Ottersleben.**  
Malerlehrling  
gegen Vergütung und unter günstigen Bedingungen  
W. Böhme Große Klosterstraße 19.

**EIN WERTVOLLER FUND**

Ich für jeden der Schutz vor die Augen, schon von 3 Mk. an, alle fast für die Hälfte des frü. Wertes  
**K. Oleyko**  
Seemannstraße 11, II.

**Pelzboas**

große Kosten, spottbillig, zum Ausleihen, schon von 3 Mk. an, alle fast für die Hälfte des frü. Wertes  
**K. Oleyko**  
Seemannstraße 11, II.

**Möbel-Spezialhaus Friedrich Lorenz**

Peterstraße 17

**1 Wohnzimmer**

1 Schrank mit Säulen  
1 Vertiko mit Säulen  
1 Trumeau m. geschliffen. Glas und Säulen  
1 Umbau mit Säulen  
1 Sofa mit Ia. Bezug, nach Wahl  
1 Auszugstisch m. Stegverbindung  
4 Stühle

**1 Küche**

1 Büffet, hochmodern gestrichen, mit Verglasung  
1 Anrichte mit Aufsatz  
1 Tisch mit Aufsatz, 1 Rahmen mit 3 Kästen und Etageren  
1 Handtuchhalter mit Aufsatz  
2 Stühle, Jugend

**1 Wohnzimmer**

1 Schrank, nußbaum, mit Messinghänge  
1 Vertiko, nußbaum, m. Spiegel  
1 Trumeau, geschliffen, m. Säulen  
1 Sofa oder Auszugstisch  
1 Sofa, nach Wahl  
4 Stühle mit Fücher

**1 Schlafzimmer**

2 Bettstellen, Satin engl.  
2 Patent-Matrasen  
1 Toilette mit Marmorplatte u. Spiegel  
2 Nachtschränke mit Marmorplatte  
2 Stühle, hell poliert  
1 Handtuchhänder

**1 Küche**

buntfarbig gestrichen  
1 Büffet mit Verglasung  
1 Anrichte  
1 Rahmen, modern  
1 Galter  
2 Stühle

**Anzüge, Uster, Paletots**  
(auch Gehrockanzüge)  
im Abonnement getragene, gut erhaltene Qualitäten, jetzt vorrätig.  
**J. Büscher**  
592 Kaiserstr. 23, Hof rechts, 595

**Anzüge und Hüter**  
schon vor 10 Wk. an, zurückgekehrt spottbillig, fast für die Hälfte.  
**Jacobstraße 17, 1.**

**W. Fleisch- u. Wurstwaren**  
sowie jeden Morgen warmes Pökelfleisch u. Knochenbrust.  
**Otto Einicke, R.-Friedrichs-Str. 1b.** 590

**Moderne Gold- und Silberwaren**  
Hochzeits-, Verlobungsgeschenke  
Verlobungsringe sehr preiswert!  
393 gef. 585 gef. 750 gef.  
Paar ca. 15.00 Paar ca. 30.00 Paar ca. 40.00-45.00

**Otto Rossi**  
Nachfolger Erwin Fritsch  
Magdeburg, Große Mühlstraße 1a  
vis-à-vis Steigerwald & Kaiser.  
Eigene Reparaturwerkstatt. Ankauf von alt. Gold u. Silber.

**Alte Neustadt**  
Vielfachen Wünschen meiner Neustädter Kundschaft entsprechend, errichte ich von heute ab jeden Donnerstag in der Alten Neustadt  
2 Verkaufstische für

**Seefische**  
und zwar Hoheportstraße, zwischen Eubel- u. Molkenstr., u. am Böttcherplatz, Ecke Pfälzerstr. u. Söhenkaufstraße. In diesen mit meiner Firma gekennzeichneten Ständen erhalten Sie stets blutfrische Seefische zu den billigsten Tagespreisen.

**Grüne Seringe 15**  
**L. Püttelkow**  
Fernspr. 2074 Jakobstr. 47. Fernspr. 2074

**Teppiche**  
in sämtl. Farben, darunter zurückgekehrt mit kleinen Webfehlern, fast für die Hälfte, schon von 9 Mark an. 587  
**Jacobstr. 17, 1. Etage.**

**Hochmod. Anzüge**  
a Stück 12.00 Mk., zum Ausleihen, verkauft 19  
**Max Eckstein**  
Königsplatzstraße 5, Ecke Rüdigerstraße.

**Sozialdemokratischer Volksverein Loderburg.**  
Montag den 3. Februar, vormittags 11 Uhr, verstarb plötzlich und unerwartet unser Genosse  
**Reinrich Marschall.**  
Ein guter Mitarbeiter in allen Genossenschafts-, Partei- und Genossenschaftsfragen ist uns genommen.  
Sein Andenken wird unvergesslich sein.  
Der Vorstand.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 5. Februar, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhaus, Thierstraße 36, ans statt.

**Sozialdemokratischer Verein Kreis Wanzleben Bezirk Lemsdorf.**  
Nachruf.  
Am Montag abend 8 Uhr verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Genosse, der Maurer  
**Albert Schierich**  
im 41. Lebensjahr.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.  
Die Bezirksleitung.

**Lemsdorf. Todesanzeige.**  
Nach langem, schwerem, in Geduld ertragenem Leiden verschied Montag abend 8 Uhr mein lieber Pama, unser bergensguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Maurer  
**Albert Thiersch**  
im 41. Lebensjahr. Um stille Teilnahme bitten  
Frau Anna Thiersch nebst Tochter u. Verwandten.  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Lemsdorfer Friedhofs aus statt.

**Viel Geld!**  
verdienen tägl. Agenten  
an allen Orten durch Vermittlung von Feuerversicherungen Off. unter 2801 an die Exp. d. Bl.

**Soberklärung.**  
Die Beerdigung gegen Frau Wyrrebe nehme ich hiermit zurück, u. erkläre, daß ich nichts Nachsteiliges über sie sagen kann. Fritz Müller.



# Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg 4. Februar 1914.

## Sunehmende Arbeitslosigkeit.

Obgleich die Bewegung der Börse und die Haltung des Geldmarktes ein wiederwachsendes Vertrauen der orientierten Kreise in die Wirtschaftslage erkennen lassen, ist doch das Bild, das der Arbeitsmarkt bietet, noch ein recht trostloses. Nach den Mitteilungen der Krankenkassen ging die Zahl der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder von 2691 616 am 1. Dezember 1913 auf 2579 278 am 31. Dezember 1913 zurück, während die der weiblichen Mitglieder von 1 230 307 auf 1 198 231 sank.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Nachweisungen der gewerkschaftlichen Fachverbände über die Arbeitslosigkeit in ihren Reihen, die diese allmonatlich dem kaiserlichen Statistischen Amt einreichen. Die Berichterstattung erstreckte sich Ende Dezember auf 1 980 297 Verbandsangehörige, von denen 95 659 als arbeitslos am Ort und auf der Reise befindlich gezählt wurden, das sind 4,8 Prozent des Mitgliederbestandes. Am 30. November stellten sich die entsprechenden Zahlen auf 61 639 und 3,1 Prozent, am Schlusse der letzten Oktoberwoche auf 54 455 und 2,8 Prozent. Ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Stichtage zeigt folgendes Bild:

Ende	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Januar	—	—	—	1,7	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9	3,3
Februar	—	—	—	1,6	2,7	4,1	2,3	2,2	2,6	2,9
März	2,0	1,6	1,1	1,3	2,5	3,5	1,8	1,9	1,6	2,3
April	—	—	—	1,3	2,8	2,9	1,8	1,8	1,7	2,3
Mai	—	—	—	1,4	2,8	2,8	2,0	1,6	1,9	2,5
Juni	2,1	1,5	1,2	1,4	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7	2,7
Juli	—	—	—	0,8	1,4	2,7	2,5	1,9	1,8	2,9
August	—	—	—	0,7	1,4	2,7	2,3	1,7	1,8	2,8
September	1,8	1,4	1,0	1,4	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7
Oktober	—	—	—	1,1	1,6	2,9	2,0	1,6	1,7	2,8
November	—	—	—	1,1	1,7	3,2	2,0	1,6	1,7	3,1
Dezember	2,4	1,8	1,6	2,7	4,1	2,6	2,1	2,4	2,8	4,8

Diese Tabelle zeigt, daß die Arbeitslosigkeit am Schlusse des letzten Jahres eine Höhe erreicht hat, wie noch in keinem einzigen Jahre seit Aufmachung dieser Statistik. Sogar das Jahr 1908 zeigt in seiner Dezemberziffer, die den Höhepunkt der letzten wirtschaftlichen Depression darstellt, noch immer eine etwas günstigere Gestalt der Arbeitslosigkeit. Die höchsten Arbeitslosenziffern wiesen am 31. Dezember auf die Gewerkschaft der Töpfer (23,3 Prozent), die der Glaser (20 Prozent), die der Tapezierer (18,2 Prozent), die der Bildhauer (16,2 Prozent), die der Friseurgehilfen (14,1 Prozent) und die der Tabakarbeiter (13,6 Prozent). Von den großen, über 100 000 Mitglieder zählenden Verbänden ragt besonders der Holzarbeiterverband mit einer Arbeitslosenziffer von 11,1 Prozent hervor. Am Schlusse des letzten Quartals zählte dieser Verband nur 4,1 Prozent Arbeitslose. Wesentlich hinter jener Ziffer zurück stehen die Metallarbeiter mit 3,9 Prozent, die Transportarbeiter mit 4,3 Prozent, die Fabrikarbeiter mit 3,5 Prozent und die Textilarbeiter mit 2,5 Prozent Arbeitslosen am Quartalschlusse.

Der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit im Laufe des ganzen letzten Vierteljahres ergibt sich aus einem Vergleich der Arbeitslosentage mit den Mitgliedertagen. Von 100 Mitgliedertagen waren danach 2,5 Arbeitslosentage, während im 3. Quartal 1913 nur 2,1 und im 4. Quartal 1912 nur 1,4 Prozent aller Mitgliedertage Arbeitslosentage waren. Erwähnt sei noch, daß der einzelne Arbeitslosenfall im Durchschnitt 17 Tage gedauert hatte.

Die gegenwärtige Krise hat Deutschland ziemlich isoliert betroffen. Der Beschäftigungsgrad in der englischen Industrie ist gut, und in Frankreich haben die Gewerkschaften die Anfrage „Halten Sie die Lage des Arbeitsmarktes für befriedigend?“ mit über Zweidrittelmajorität bejaht. So ist denn zu hoffen, daß wir gegenwärtig den Tiefstand der Beschäftigungslage bereits überschritten haben und daß das laufende Jahr die allmähliche Rückkehr zu normalen Verhältnissen bringen wird.

**Aus den Haushaltsplänen der Schulkasse.** Den Stadtverordneten sind jetzt die umfangreichen Haushaltspläne der Schulkasse zugewandt. Aus dem vom Magistrat beigegebenen Erläuterungen verdient folgendes hervorgehoben zu werden: Unter Zugrundelegung der Schüler- und Schülerinanzahl von 1913 beträgt der Kammereinzugsatz zu den laufenden Kosten eines Schülers bzw. einer Schülerin an den höheren Knabenschulen 173,34 Mark, an den höheren Mädchenschulen 114,51 Mark, an der Vorbereitungsschule 25,40 Mark, an den Bürgerschulen 84,46 Mark, an den Volksschulen 83,97 Mark. Dazu treten noch die Kosten des Turnunterrichts mit 126 650 Mark, Kammereinzugsatz und 49 022 Mark für das Turnen an den Knabenschulen, so daß durchschnittlich auf jeden Schüler bzw. jede Schülerin noch 4,50 Mark fallen. Nach den Entwürfen der Schulkasse beträgt die Gesamtausgabe der Schulkasse für 1914 5 337 850 Mark, die Einnahmen jedoch nur 1 314 550 Mark, mithin eine Mehrausgabe von 4 023 300 Mark. Gegenüber dem Rechnungsjahr 1913 weist das Jahr 1914 ein Mehr an der Ausgabe auf von 102 080 Mark, ein Weniger in der Einnahme von 1650 Mark, mithin eine Gesamtmehrausgabe von 103 730 Mark.

**Kenntnis der Rechtsprechung und der Sozialgesetze** ist die erste Bedingung bei der Wahrnehmung der Rechtsanwaltschaft vor den Versicherungsbehörden. Das mußte auch der Unfallverletzte Sch. vor dem Oberverwaltungsamt erfahren. Zu seiner Vertretung hatte er sich einen Rechtsanwalt erwählt, der für eine geringfügige Vergütung des rechten Mittelringers die Vollrechte beantragte und behauptete, daß an eine solche Vergütung, nämlich an den Verlust des ersten Gliedes des Mittelringers, eine Gewöhnung ausgeschloffen sei. Der Finger wackte doch nicht wieder nach, wie kann da Gewöhnung eintreten? Recht hat ja der Rechtsanwalt, aber seine naive Auffassung zeigt davon, daß er von der Rechtsprechung in der Unfallversicherung doch eine mehr als dürftige Kenntnis besitzt. Die Berufung des Verletzten wurde natürlich zurückgewiesen. — Organisierte Arbeiter nehmen seit der letzten Hilfe eines Rechtsanwalts das Arbeitersekretariat in Anspruch.

**Metalldiebstahl.** Die Ehefrau Luise Lindner geborne Böbler zu Rembitz ist kürzlich von ihrem Ehemann geschieden und betreibt einen Rohproduktengroßhandel mit alten Metallen und Kupfer. In ihrem Geschäft ist der Handelsmann Karl Pfeiffer angestellt gewesen, der ebenfalls bei dem Kaufmann befähigt war. Frau Lindner verstarb in der Zeit vom 9. Januar bis zum 26. November 1913 an zwei Rohproduktengroßhändler für zusammen 5194,34 Mark alte Metalle, die aus Diebstählen herrührten und die sie in der vorgeschriebenen Weise nicht gebucht hatte. Zum Teil hatte Pfeiffer die Aufträge mitbesorgt. Er war seit 8 Jahren in dem Geschäft tätig, gab aber im August 1913 seine Stellung auf. Einen größeren Posten der hier in Frage kommenden Metalle hatte der Schlosser Otto aus der Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik, während er dort beschäftigt war, gestohlen. Nach seiner Verhaftung erhängte er sich im Gerichtsgefängnis. Die hiesige Strafkammer verurteilte am Dienstag die Angeklagten wegen gemeinschaftlicher schwerer Diebstahls zu 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Auf die Strafe wurden je 2 Monate Untersuchungsfrist als verbüßt angerechnet.

**Zur Sperrung der Eisenbahnbrücke.** In einem Zeitungsartikel wurde darüber geklagt, daß der Fährbetrieb am Friedrich-Wilhelms-Garten am vergangenen Sonntag noch nicht eröffnet war. Wie wir bereits in einer früheren Notiz mitteilten, wird Herr Nordt den Fährbetrieb, sobald es die Verhältnisse erlauben, wieder aufnehmen. Leider waren die Eisverhältnisse am letzten Sonntag noch derartig, daß der Fährbetrieb noch nicht eröffnet werden konnte. Brahm und Bräde lagen in der Salze, wohin sie zur Überwinterung gebracht waren, eingefroren. Trotz angestrengter Tätigkeit war es nicht möglich, sie bis zum Sonntag aus dem Eise herauszubringen. Außerdem mußten noch notwendige Reparaturen an den Dampfmaschinen ausgeführt und die Fahrgänge nach der Überwinterung erst sorgfältig auf ihre Betriebssicherheit geprüft werden. Sämtliche Arbeiten sind jetzt so weit gediehen, daß der Fährbetrieb noch im Laufe dieser Woche eröffnet werden wird. Jedenfalls kann, sofern nicht unerwartete Witterungsverhältnisse dies unmöglich machen sollten, mit dem Fährbetrieb am nächsten Sonntag bestimmt gerechnet werden. Herr Nordt wird nach Bedarf zunächst von morgens 7 Uhr bis 1/2 7 Uhr abends, an Sonntagen bis 8 Uhr abends fahren. Späterhin und nach Bedarf auch schon jetzt wird der Betrieb des Abends entsprechend länger ausgedehnt werden.

**Auskunftsstelle für Krankenwesen.** In der Krankenanstalt Altstadt, Marktstraße 11/15, Fernruf 2481, ist eine Auskunftsstelle für Krankenwesen eingerichtet, die in Bedarfsfällen geeignete Personen für Massagen, Wachen und Krankenpflege unentgeltlich nachweist. Auch wird hier Auskunft über Kranken- und Leichentransporte erteilt. Meldungen von Personen, die sich in der Krankenpflege gegen Vergütung betätigen wollen, werden während der Dienststunden von 8 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr entgegengenommen.

**Kursus für Dampfessel- und Maschinenwärter.** Der vom hiesigen Dampfessel-Überwachungsverein angeordnete Abendkursus für Dampfesselwärter beginnt am kommenden Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinshaus, Adelheidring Nr. 16. — Anmeldungen werden noch entgegengenommen.

**Kontrolle bei der Angestelltenversicherung.** Nach den Ergebnissen der letzten Berufszählung muß man annehmen, daß noch immer etwa ein Fünftel aller Versicherungspflichtigen zur Angestelltenversicherung gegenwärtig noch nicht von der Versicherung erfasst ist. Das ist allerdings im Vergleich zu den bei der Einführung des Invalidenversicherungsgesetzes gemachten Erfahrungen noch ein sehr günstiges Ergebnis. Im Interesse der Angestellten wie der Versicherten muß aber naturgemäß Sorge getragen werden, daß nach und nach sämtliche versicherungspflichtige Angestellte in die Versicherung einbezogen werden. Die hauptsächlichste Kontrolle geschieht gegenwärtig durch die Buchführung mittels persönlicher Konten, wodurch bis zu einem gewissen Grad eine Außenkontrolle, wie sie bei der Invalidenversicherung durchgeführt ist, erspart wird. Ferner sind an zahlreiche untere Verwaltungsbehörden Arbeitgeberüberprüfer entsandt zu einer Nachprüfung an der Hand der amtlichen Feststellungen über Betriebe, in denen Angestellte beschäftigt werden. Außerdem aber besteht die Absicht, auch die Ortsauswäse, sobald deren Organisation abgeschlossen ist, zu Ermittlungen heranzuziehen. Bereits in der Mehrzahl der Wahlbezirke sind Ortsauswäse gebildet, denen eine Reihe wichtiger Aufgaben übertragen werden soll. Nach dem Gesetz haben die Arbeitgeber dem zuständigen Rentenausschuß Auskunft zu erteilen über die Zahl der Beschäftigten, den Arbeitsdienst und die Dauer der Beschäftigung. Diese Erhebungen können am besten durch Beauftragte der Ortsauswäse angestellt werden. Hierbei würde sich naturgemäß auch die Möglichkeit bieten, nach und nach alle diejenigen Betriebe zu ermitteln, in denen Angestellte beschäftigt werden, die noch nicht zur Angestelltenversicherung angemeldet sind.

**Tot aus dem Wasser gezogen** wurde der Schiffer K. neben seinem Rahne. Seine Witwe klagte am Dienstag vor dem Oberverwaltungsamt Magdeburg um Gewährung der Hinterbliebenenrente. Neben dem Entrentenamt war noch ein Mann auf dem Kahn als Besatzung zurückgeblieben. Das Fahrzeug war schiefgelegt und der Kollege des Verunglückten hatte sich in das nahe Dorf begeben. Als er abends zurückkehrte, fand er nicht vor. Er nahm an, auch dieser hätte das Dorf aufgesucht oder er sei nur vorübergehend von dem Rahne fortgegangen. Als K. aber auch am anderen Tage noch nicht zurückgekehrt war, schloß er Verdacht, und mit einem Fischer suchte er das Wasser in der Umgebung des Fahrzeugs ab. Bald darauf zogen sie ihn als Leiche aus den Fluten. Im Bord fand sich ein Koffert mit, während ein zweiter im Wasser schwamm. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Ansprüche ab, indem sie einwendete, der Verunglückte wäre wahrscheinlich bei einer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit ums Leben gekommen. Er wollte sich den Koffel zur Befriedigung seiner leiblichen Bedürfnisse holen und sei dabei ins Wasser gefallen und ertrunken. Das Oberverwaltungsamt konnte sich dieser Ansicht nicht anschließen und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Hinterbliebenenrente und des Sterbegeldes. Die Entscheidung deckt sich mit einer Reihe ähnlicher des Reichsversicherungsamts, die auch solche eigenwirtschaftliche Tätigkeiten als im Interesse des Betriebs gelegen bezeichnen, die durch die Eigenart des Betriebs bedingt sind. Dagegen der Vertreter der Berufsgenossenschaft mit einer verfehlten Entscheidung des Oberverwaltungsamts Potsdam operierte, ließ sich das Oberverwaltungsamt von seiner richtigen Auffassung nicht abbringen.

**Unfall.** Am Dienstag nachmittag erlitt der 5jährige Knabe Hans Fr., wohnhaft Oberdorfer Straße 50, beim Spielen auf der Straße einen linken Oberschenkelbruch. Nach Anlegen eines Notverbandes durch die Feuerwehrmänner wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus Alstadt gebracht.

**Ein Lebensmüder.** Am Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr hat sich im Herrenkrug in der Nähe der Borussia ein anheimelnd dem Kaufmannstand angehörender, etwa 30 bis 35 Jahre alter Mann in selbstmörderischer Absicht mittels eines Revolvers zweimal in den Kopf, dicht hinter das rechte Ohr geschossen. Er wurde schwer verletzt mittels Sanitätswagens nach der alldämonischen Krankenanstalt geschafft. Ansehend handelt es sich um einen Mann namens Stanislaus Michalowitz aus Kamlich, Provinz Bozen. Der Lebensmüde hatte noch über 50 Mark Geld bei sich.

**Selbstmord.** Am 3. d. M. nachmittags 4 Uhr, wurde die Witwe Emilie D. in ihrer Wohnung in der Anhaltstraße erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord infolge hochgradiger Nervosität vor.

**Wer kennt den Toten?** Durch Erhängen und Ertrinken hat sich am 27. v. M. in der Jungfernhöhe bei Berlin ein Unbekannter das Leben genommen, über dessen Person noch nichts feststellen gemessen ist. Der Verstorbenen ist etwa 25 Jahre alt, 1,81 Meter groß, kräftig, hat blondes Haar, keinen, verhältnismäßig rötlichblonden Schnurrbart, graublau Augen und hohe Stirn. Er war mit neuem dunklen Jacketanzug, dunklem Winterüberzieher, grauschwarzem neuen Hüchur, weißem Oberhemd mit schwarzen Knöpfen, Stummelgekragen, lila Strawatte, grauen Strümpfen und schwarzen Samtstiefeln bekleidet. Bei der Leiche wurden ein Wörterbuch und eine silberne Remontuhr der Fabrikat Glashütte gefunden. Mitteilungen über die Person des Verstorbenen erteilt die Kriminalpolizei in Charlottenburg. Auch die hiesige Kriminalpolizei, bei der auch eine Photographie des Selbstmörders angehängt werden kann nimmt Mitteilungen entgegen.

**Gestohlen** wurden in einem Kinotheater am Breiten Weg eine braune Felsigola mit vier Schmeißern, vor dem Hause Kanariensstraße 18 ein Fahrrad „Grünher“ (Fabriknummer 113518), aus einem Keller in der Quarkstraße etwa 6 Pfund Salze, 5 Pfund Rotwurst, 6 Pfund Schinkenpep, 2 Pfund Brotwurst, eine Flasche Wein und mehrere Flaschen Apfelsaft, auf Station Z aus der Taube eines an einem Eisenbahnwagen hängenden Jadedes eine Leinwandkarte Nr. 8 auf Arbeiter Gustav Köppe, am 29. November 1888 zu Soltau geboren, lautend.

**In Haft genommen** wurden der Handlungsgehilfe Artur D. aus Leipzig wegen Vergehens aus § 181 a StGB, und der Böttcher Franz B. von hier wegen Vergehens aus § 183 StGB.

**Zimmerbrand.** Der Böschung 1 rüdte am Dienstag abend 5 1/2 Uhr auf eine Feuermelbung vom Welter Große Diebhorfer Straße 242 nach Schrotestraße 70. Es brannten in einem Wohnzimmer der dritten Etage mehrere Möbel, Sofa, Tisch, Stuhl usw. Da in der Wohnung niemand anwesend war, so wird vermutet, daß das Feuer durch Unvorsichtigkeit entstanden ist. Mit einer Schlauchleitung wurde das Feuer gelöscht.

## Konzerte, Theater etc.

Mitteilungen der Direktoren.

\* **Stadttheater.** Die fortgesetzten Erfolge, welche Lortzings Opern auch in dieser Saison wieder nach sich ziehen, haben die Direktion veranlaßt, soweit es der Spielplan zuläßt, diese gern gesehene und gehörte Stücke öfter zu wiederholen. Am Donnerstag dieser Woche wird daher unter der musikalischen Leitung des Kapellmeisters Hermann Weigert „Der Waffenschmied von Worms“ gegeben werden. Die Regie liegt wieder in den bewährten Händen des Spielleiters Richard Radow. Die sorgfältige Inszenierung der Oper bürgt wieder für einen guten Erfolg. Die Besetzung der großen Rollen ist die folgende:

\* **Wilhelm-Theater.** Für die neue Fosse „Wie einst im Mai“, welche am Montag zum erstenmal in Szene geht, zeigt sich ein Interesse, wie wohl selten für ein Werk, ein Beweis, daß durch die Berliner Aufführung das Werk hier schon zur Gänze empfohlen ist. Besonders reiz gewinnt die erste Vorstellung dadurch, daß der beliebte Komiker Artur Raproth an diesem Abend sein Benefiz hat. Für die Hauptdamenrolle ist eine neue Sourette engagiert, Fräulein Dreher, welcher ein guter Ruf vorausgeht und die sich vorzüglich für die ihr zugeleitete Rolle eignet.

\* **Zirkustheater.** Die vielen Zuschriften, welche täglich an die Direktion des Berliner Thalia-Ensembles eingehen, sind die beste Bestätigung dafür, welche großes Interesse dem Repertoirestück „Der Deserteur“ oder „Die Schwärzen der Fremdenlegion“ entgegengebracht wird.

## Letzte Nachrichten.

**Berlin, 4. Februar.** (Cigner Drahtbericht der „Vollstimme“.) Der Reichstag begann heute bei der Spezialberatung des Etats des Reichsamts des Innern die Besprechung über die Handhabung des Vereinsgesetzes. Er liegt so viel Material vor, daß zu seiner Erledigung ein besonderer Tag vorgesehen wurde. Nach Uebereinkunft der Parteien sollte zuerst ein polnischer Abgeordneter sprechen. Abg. v. Laszewski sprach über die Handhabung des Vereinsgesetzes in den doppel-sprachigen Gebieten, insbesondere den polnischen. Er forderte, daß den fremdsprachigen Reichsangehörigen gestattet werde, sich in Versammlungen in ihrer Muttersprache zu unterhalten.

**Berlin, 4. Februar.** Heute vormittag wurden die beiden Reichstags-Abgeordneten Hebel (Schwaben 4) und Büß (Schwaben 2) an der Kreuzung der Büchler- und Mittenwalder Straße von einer Kraftdroschke angefahren und zur Seite geschleudert. Beide wurden schwer verletzt. Sie gehören beide der Zentrumsfraktion an.

**Breslau, 4. Februar.** Nach den Morgenblättern wurde die Ausführung des Beschlusses des Vereins Breslauer Ärzte vom 30. Januar, daß die Ärzte die private Behandlung von Mitgliedern der dem ersten Verband angehörenden Krankenkassen ablehnen sollen, bis auf weiteres vertagt, da der Vorstand des Leipziger Ärzteverbandes Ende der Woche neue Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Krankenkassenverbandes, Gräßdorf (Dresden), wahrscheinlich unter Mitwirkung des Handelsministeriums beginnt.

**St. Petersburg, 4. Februar.** Im Kalkiner Kältearbeiten ereignete sich auf Schicht Nowow bei Scherz arbeiten eine Explosion. Hierbei wurden drei Bergleute getötet.

**Berlin, 4. Februar.** Der Massenmörder Hauptlehrer Wagner ist infolge Beschlusses der Strafkammer im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt und dauernd in eine Irrenanstalt übergeführt worden. Der Beschluß stützt sich auf die psychiatrischen Gutachten der Professoren Gaupp (Tübingen) und Wollenberg (Stuttgart). Beide Gutachten stimmen in dem Ergebnis überein, daß der Angeklagte zur Zeit der Begehung der Straftaten zweifellos an chronischem Verfolgungswahn litt. Dieser Auffassung trat das Gericht bei. Es erlangte die Ueberzeugung, daß der Angeklagte die Straftaten unter dem Zwang einer die freie Willensbestimmung ausschließenden krankhaften Störung der Seinesstätigkeit beging, also strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die abschließende Hauptberhandlung kamme nach Meinung der Strafkammer unmöglich zu einem andern Ergebnis führen. Da der Angeklagte als gemeingefährlich anzusehen sei, wurde dauernde sichere Verwahrung in einer Irrenanstalt veranlaßt.

**Paris, 4. Februar.** Die das „Journal“ aus guter Quelle melbet, sind gestern nacht in Lissabon neue Unruhen ausgebrochen. An sechs verschiedenen Stellen der Stadt explodierten Bomben. Aus Oporto wird gemeldet, daß in der Zentralkasse eine Bombe explodiert, die schweren Schaden anrichtete und viele Personen verletzte. Es laufen Gerüchte, daß die Republikanten einen neuen Einfall im Norden des Landes versucht haben. Eine Besatzung dieser Richtung liegt noch nicht vor, doch steht fest, daß die portugiesische Regierung eine große Truppenmacht nach dem Norden des Landes entsandt hat. Die politische Lage des Landes ist gleichfalls ungesichert. Die Hoffnung aller Republikaner richtet sich auf Bernardino Machado, der heute aus Brasilien hier erwartet wird. Man hofft, daß es Machado gelingen wird, die beiden Parteien, die sich feindselig gegenüberstehen und von der Kammer und dem Senat repräsentiert werden, zu versöhnen.

**London, 4. Februar.** Der Streik der Schullehrer in der Grafschaft Hereford hat gestern noch eine weitere Verschärfung erfahren, da nunmehr auch die Schüler sich weigerten, ihren Arbeiten nachzukommen. Der Versuch der Schulbehörden, die streikenden Lehrer durch Hilfslehrer zu ersetzen, ist kläglich gescheitert, da die Schüler beim Amtsantritt der neuen Lehrer einen solchen Lärm machten, daß diese sich zurückziehen mußten. Zu verschiedenen Schulen wurden die Fenster eingeworfen. Die Schüler weigern sich so lange, die Schule zu besuchen, bis die alten Lehrer zurückgekehrt sind.

**Helsingfors, 4. Februar.** Zum Präsidenten des finnischen Landtags wurde der frühere Senator Stolberg, ein gemäßigter Jungfinne, gewählt, zu Vizepräsidenten der Sozialdemokrat Toloi und der Altfinne Ingmann.

**Tokio, 4. Februar.** Die deutsche Regierung verweigerte die Erlaubnis zur Uebermittlung photographischer Reproduktionen der Dokumente, die den Siemens-Schubert-Werken von deren ehemaligen Angestellten Richter gestohlen worden waren, an die japanischen Behörden. Richter hatte die Papiere an den Korrespondenten des Reuters-Bureaus Posley in Tokio verkauft. Dieser soll sie kurz vor seiner Verhaftung vernichtet haben. Die japanische Presse erregt sich in sehr heftigen Kommentaren über die ganze Angelegenheit und zieht eine von den Behörden eingeleitete Untersuchungskommission, die nur aus Admiralen besteht, ins Lächerliche.

## Wettervorhersage.

Donnerstag, 5. Februar: Unveränderte Witterung.

# WEISSE-WOCHE

## Siegfried Cohn

Webereiwaren  
Magdeburg

Serie 1

Neueste Muster in guten und  
durchaus soliden Qualitäten

Wert bis Meter . 1.10

jetzt **65** <sub>3</sub>  
Meter

1 Posten

Serie 1 Garnitur: Wert bis 4.25	Serie 2 Garnitur: Wert bis 11.50
jetzt <b>275</b>	jetzt <b>650</b>

Große Posten  
ca. 80 cm breite  
in creme und gold  
gemusterte

1.Etage

Posten 1  
**Weißer Röcke**  
mit Säckerei-Volant, Ein-  
mal Ansatz  
**1.95**

Posten 2  
**Weißer Röcke**  
mit breitem Säckerei-Vo-  
lant u. Sämnchen garniert  
**2.40**

Posten 3  
**Weißer Röcke**  
mit breitem Säckerei-Vo-  
lant u. Sämnchen garniert  
**3.75**

Posten 4  
**Weißer Röcke**  
mit breitem Falten-  
Säckerei-Volant  
**4.50**

Posten 5, weiße  
**Prinzeß-Röcke**  
reich mit Säckerei  
5.25 6.25 bis 15.00  
**3.95**

2500 Meter

### Gardinen

außerordentlich billig

infolge persönlichen Einkaufs an den großen Fabrikplätzen  
erworben. Durch die enorm reduzierten regulären Preise  
lasse ich diesen günstigen Kauf meiner wertten Kundschaft  
zugute kommen.

### Kreuztüll-Gardinen

Serie 2

feinste Makkogarn-Qualitäten,  
in dicht. Bindungen, hierunter  
feinste Kreuztüll-Gewebe

Wert bis Meter . 1.90

jetzt **110**  
Meter

Nur  
Neuheiten  
jetzt **65** <sub>3</sub>  
Meter

Serie 3  
Garnitur:  
Wert bis 17.50  
jetzt **10.50**

jetzt **44 u. 55** <sub>3</sub>

### Rouleaustoffe

Mehrere Posten besonders preiswerte

### Weißer Röcke

1.Etage